

(A) **Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des 1. Untersuchungsausschusses auf Drucksache 14/9300.

Dazu liegt eine persönliche schriftliche Erklärung der Kollegin Brigitte Baumeister nach § 31 vor.¹⁾

Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 6 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Kultur und Medien (23. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses

– zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Norbert Lammert, Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses

– zu dem Antrag des Abgeordneten Dr. Norbert Lammert, Bernd Neumann (Bremen), Dr. Sabine Bergmann-Pohl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

(B)

Historische Mitte Berlin

– zu dem Antrag der Abgeordneten Eckhardt Barthel (Berlin), Hans-Werner Bertl, Monika Griefahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Franziska Eichstädt-Bohlig, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Empfehlungen der Internationalen Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“

– zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Günter Rexrodt, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Wiederherstellung der Historischen Mitte Berlin

– zu dem Antrag der Abgeordneten Petra Pau, Dr. Heinrich Fink, Roland Claus und der Fraktion der PDS

Arbeitsweise der Expertenkommission Historische Mitte

– zu dem Antrag der Abgeordneten Petra Pau, Dr. Christa Luft, Dr. Heinrich Fink, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS

Die Mitte der Spreeinsel als offenes Bürgerforum gestalten – Empfehlungen der Expertenkommission öffentlich diskutieren (C)

– Drucksachen 14/1752, 14/3673, 14/9023, 14/9222, 14/9243, 14/4402, 14/9244, 14/9660 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Eckhardt Barthel (Berlin)

Dr. Norbert Lammert

Antje Vollmer

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)

Dr. Heinrich Fink

Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der PDS vor, über den wir später namentlich abstimmen werden.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit für einige Hinweise zu den Abstimmungen. Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung unter anderem, eine Entscheidung des Plenums über zwei Alternativen zur Gestaltung der Historischen Mitte Berlins herbeizuführen. Es ist vereinbart, über die beiden Alternativen in modifizierter Anwendung des Verfahrens nach § 50 der Geschäftsordnung wie folgt abzustimmen: Falls keine der Alternativen schon im ersten Abstimmungsgang die erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält, wird über die Alternative mit der höheren Stimmenzahl in einem zweiten Abstimmungsgang entschieden. Diese Abstimmungen erfolgen namentlich.

Besondere Stimmzettel werden rechtzeitig ausgegeben. Für jede Abstimmung benötigen Sie jeweils einen weißen Stimmausweis. Diese entnehmen Sie bitte Ihrem Stimmkartenfach in der Lobby. Nähere Hinweise zu den Einzelheiten des Abstimmungsverfahrens erhalten Sie nochmals unmittelbar vor der Abstimmung. (D)

Sind Sie mit dem geschilderten Verfahren einverstanden? –

(Susanne Kastner [SPD]: Wir haben es verstanden, Herr Präsident!)

Das ist der Fall; selbst der Präsident nickt wohlwollend. Da es mit der erforderlichen Mehrheit so beschlossen wurde, werden wir so verfahren.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Das Haus ist damit einverstanden. Also ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und gebe für die SPD-Fraktion zunächst dem Kollegen Eckhardt Barthel das Wort.

Eckhardt Barthel (Berlin) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag ist es dem Kulturausschuss gelungen, aus einer Vielzahl von Anträgen zum selben Thema eine abstimmungsfähige Vorlage zu präsentieren, in der deutlich wird, was Konsens ist und welche Alternativen möglich sind. Ich erwähne das am Ende der Legislaturperiode, weil dieses ein Beispiel dafür ist, wie konstruktiv und ergebnisorientiert im Kulturausschuss gearbeitet wurde.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

¹⁾ Anlage 3

Eckhardt Barthel (Berlin)

- (A) Es ist ein neuer Ausschuss, den diese Koalition eingesetzt hat. Ich glaube, keiner kommt mehr auf den Gedanken, diesen Ausschuss ebenso wie das Amt des Staatsministers für Kultur und Medien wieder infrage zu stellen. Ich verrate noch ein kleines Geheimnis: Wir werden ihn auch nach dem 22. September stellen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Dr.-Ing. Dietmar Kansy [CDU/CSU]:
Wir werden mal sehen, ob wir ihn übernehmen!)

Jetzt zum Antrag. Ich habe am Anfang gesagt: Dieser Antrag enthält einen Konsensteil und einen Alternativteil. Ich meine, wir sollten nicht nur über die Alternativen reden, sondern auch den Konsens in diesem Antrag darstellen.

Wir alle sind uns der Bedeutung dieses Areals, über das wir reden, bewusst, das nicht zu Unrecht als hauptstädtisches und republikanisches Zentrum unseres Landes bezeichnet wird.

(Dr. Günter Rexrodt [FDP]: Republikanisch nicht!)

Wir sind uns wohl auch darüber einig, dass der jetzige Zustand, die Brache, kein Dauerzustand sein kann und sein darf. Trotzdem sollten wir uns – das ist nach der langen Diskussion verständlich – davor hüten, jetzt etwas übers Knie zu brechen. Ich möchte Ihnen die Forderung, die uns der Präsident der Akademie der Künste, Herr György Konrad, zukommen ließ, gerne vorlesen. Er schreibt:

Lassen Sie sich nicht von einer Stimmung hinreißen, die auf Biegen und Brechen entscheiden und handeln will, und hören Sie auf den Rat der Künstler, die wissen, dass gute Werke reifen müssen.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dies sollten wir nicht ganz vom Tisch wischen, obwohl ich natürlich der Meinung bin: Zeitnahe Entscheidungen sind zweifelsohne nötig.

Nach zwölfjähriger Diskussion und nachdem nun keine neuen Argumente mehr zu erwarten sind

(Dr.-Ing. Dietmar Kansy [CDU/CSU]: Allerdings! –
Dr. Günter Rexrodt [FDP]: Sehr richtig!)

– Sie werden auch von mir keine neuen Argumente hören; auch von Ihnen erwarte ich keine, es sei denn, Sie kramen die alten wieder hervor; darauf kann jedenfalls ich verzichten –, ist es der Internationalen Expertenkommission Historische Mitte zu verdanken, dass wir für die Entscheidung über den weiteren Fortgang eine tragbare Grundlage erhalten haben, ohne dass wir jedes Komma übernehmen müssen, was die Kommission auch nicht erwartet.

Der erste Punkt betrifft die **Nutzung des Gebäudes**: außereuropäische Sammlung, wissenschaftliche Sammlung der Humboldt-Universität, Bücherei, Agora. Wichtig ist mir dabei, dass diese Institutionen nicht nebeneinander stehen, sondern dass man versucht, eine Integration dieser Institutionen zustande zu bringen. Übrigens war ich auch ziemlich beeindruckt von einem Vorschlag, den neu-lich Volker Hassemer in der Zeitung gemacht hat. Ausgehend von dem Dahlemer Museum könne auch ein Ort des

internationalen Kulturaustausches entstehen. Ich glaube, (C)
dass in der Frage der Nutzung durchaus noch Bewegungsspielraum vorhanden ist.

Ein zweiter Punkt. Die Zustimmung der Kommission bezieht sich darauf, bei der Neugestaltung auf den **historischen Stadtgrundriss** zurückzugreifen und sich bei der Bebauung des Schlossplatzes an der Stereometrie des ehemaligen Schlosses zu orientieren. Dies ermöglicht in Bezug auf den Lustgarten und das Staatsratsgebäude eine klare Gliederung des Stadtraums. Ich weiß allerdings auch – das sage ich sehr deutlich –, dass viele darüber nicht sehr glücklich sind, weil dadurch interessante Entwürfe, zum Beispiel der von Schultes, nicht mehr machbar sind. Dies muss man sehen.

Ich möchte einen dritten Punkt in unserem Antrag nennen. Er betrifft die vorgeschlagene privat-öffentliche **Finanzierung**. Sie ist richtig. Die Ehrlichkeit verlangt, zu betonen, dass das Projekt in dieser angedeuteten Form ohne öffentliche Mittel nicht zu haben ist.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben ja genug!)

Die Finanzierung wird uns vermutlich noch eine ganze Zeit beschäftigen. Dies sage ich auch mit Blick auf Berlin, das aufgrund seiner katastrophalen Haushaltslage wohl kaum in der Lage ist, als Finanzier aufzutreten.

(Dr.-Ing. Dietmar Kansy [CDU/CSU]: Strieder hat das Geld schon in der Tasche! – Gegenruf des Abg. Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Strieder holt das Geld hier ab!)

Es ist deshalb richtig, dass wir mit unserem Antrag die (D)
Bundesregierung auffordern, die Finanzierungsvorschläge der Kommission zu überprüfen. Wenn vorgeschlagen wird, eine Ausfallbürgschaft zu gewähren, muss ich gestehen, dass bei mir als Berliner Abgeordnetem ein paar rote Lampen angehen. Aber das liegt vielleicht an meiner persönlichen Betroffenheit als jemand, der aus diesem Bundesland kommt.

So viel zu den Punkten, über die Konsens besteht.

Lassen Sie mich nun auf die **Gestaltungsalternativen** zu sprechen kommen. Ich bin übrigens sehr froh – das möchte ich betonen –, dass wir über die Frage der Gestaltung des Berliner Stadtschlosses ohne Fraktionszwang abstimmen. Denn ich kann mir nicht vorstellen, dass man nach einem Parteibuch über eine Gestaltungsfrage abstimmen kann.

(Dr.-Ing. Dietmar Kansy [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Schließlich sind die Diskussionen über dieses Thema in den Freundeskreisen bis in die Familien hinein mit Pro und Kontra geführt worden. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich weiß, wovon ich spreche.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU/CSU)

In der Öffentlichkeit werden diese Alternativen häufig auf die Frage „Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses – ja oder nein“ reduziert. Wie ich inzwischen erfahren

Eckhardt Barthel (Berlin)

- (A) habe, meinen auch viele Kollegen und Kolleginnen, dies sei die Alternative, vor der wir heute stehen. Diese Alternative steht aber heute nicht zur Abstimmung. Die Alternative lautet vielmehr – ich möchte das noch einmal betonen, weil ich gehört habe, dass es in einer Fraktion neue Überlegungen gebe –: Nur der von der Kommission gemachte Vorschlag, das heißt Neubau mit drei barocken Fassaden und dem Schlüterhof, wird realisiert; jede andere Gestaltungsidee ist ausgeschlossen. Dabei handelt es sich um die Alternative A.

Die Alternative B lautet: Bei dem auszuschreibenden Wettbewerb ist nicht nur der Kommissionsvorschlag zu realisieren, sondern auch **zeitgenössische Architektur** kann sich am Wettbewerb beteiligen. Aufgrund der dann vorliegenden Ideen und Entwürfe können wir sicherlich sachgerechter entscheiden.

Bei der Alternative B, für die ich, soweit mir das möglich ist, leidenschaftlich plädiere

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Na, na!)

–ja, Herr Otto, für die ich leidenschaftlich plädiere –, geht es lediglich um die Öffnung des Wettbewerbs und eben nicht um eine vorher getroffene Festlegung auf ein bestimmtes Modell.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen werde ich mich auch nicht gegen eine Teilrekonstruktion aussprechen, sondern der Logik der Alternative B folgen. Die Begründung für die Öffnung des Wettbewerbs lautet schlicht und einfach: Neben dem Historischen muss an diesem bedeutsamen Ort auch die Gegenwart eine Chance erhalten.

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dies wurde übrigens auch sehr lange als richtig empfunden. Ich erinnere mich noch, dass es einmal in Berlin einen Regierenden Bürgermeister namens Diepgen gab, der damals dafür plädiert hat, dass sich Schlüter am Wettbewerb beteiligen dürfe.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

In diesem Vorschlag ist nämlich genau die in der Alternative B vorgesehene Breite enthalten,

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Das war vor vielen Jahren!)

aber er hat ihn dann nicht mehr als opportun empfunden und ist leider Gottes wieder von diesem Pfad der Tugend abgewichen.

(Dr. Norbert Lammert [CDU/CSU]: Habt ihr ihm die Ausschreibungsunterlagen zugestellt?)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einige Worte zu einer Einschätzung. Die Debatte über die so genannte Schlossfrage ist teilweise mit fundamentalistischen Zügen geführt worden. Ich möchte deutlich erklären – und damit vielleicht ein bisschen zur Versachlichung beitragen –, dass ich den Schlossbefürwortern im Hause

keineswegs eine verklärende Sehnsucht nach wilhelminischen Zeiten oder Ähnliches unterstelle. (C)

(Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danke!)

– Lassen Sie mich das einmal feststellen, liebe Antje Vollmer; es gehört in diesem Zusammenhang auch dazu. – Ich meine auch nicht, dass bei den Schlossbefürwortern eine generelle Ablehnung der Moderne festzustellen ist, obwohl ich mir nicht bei allen ganz sicher bin.

Gehen Sie umgekehrt davon aus, meine Damen und Herren, dass auch wir, die für die Öffnung des Wettbewerbs eintreten, uns nicht gegen eine Rekonstruktion stellen. Die Frauenkirche in Dresden zum Beispiel ist hervorragend rekonstruiert worden. Sie ist aber mit dem, was in Berlin vorgesehen ist, nicht zu vergleichen, wenn ich das einmal so verkürzt sagen darf.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Die Dresdner haben eine ganze Kirche bekommen. Was aber hier zurzeit geplant ist, ist: Berlin soll ein bisschen Schloss bekommen. Darin liegt der Unterschied.

Ich bin bei der Vorbereitung dieser Rede auf eine Äußerung von Alfred Döblin gestoßen. Er hat Berlin als „stets im Werden, niemals fertig“ beschrieben. Berlin gilt auch heute sicherlich zu Recht als eine dynamische, kreative und zukunftsorientierte Stadt. Muss sich denn so etwas an einer so wichtigen Stelle nicht auch architektonisch ausdrücken? Das ist der Grund, weshalb ich meine, die Idee der zukunftsorientierten Form müsste eine Chance gegenüber historischen Bauten in einem Wettbewerb haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD) (D)

Es sind einige Argumente gefallen, die gegen unsere Position sprechen. Ich will sie kurz nennen. Das erste ist die Aussage – die sich auch in der Alternative A wiederfindet –, mit einer Teilrekonstruktion ließen sich private Gelder besser einbringen.

(Dr. Günter Rexrodt [FDP]: Das ist so!)

Diese Aussage ist richtig. Aber sie ist auch nachdenkenswert, Herr Rexrodt. Ich möchte es etwas zuspitzen: Wenn wir moderne Architektur oder auch nur alternative Modelle deshalb ausgrenzen, weil sie möglicherweise kein Geld bringen – und das an einer Stelle, wo für die Zukunft gebaut wird – habe ich mit diesem Argument große Probleme.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Günter Rexrodt [FDP]: Ein Argument unter vielen!)

– Ja, aber ich darf es aufnehmen. Es steht im Antrag, lieber Herr Rexrodt. Deswegen muss man zu diesem Argument auch Stellung nehmen.

Es ist zu Recht gesagt worden, dass wir schon sehr lange über dieses Thema diskutieren. Aber wir haben jetzt durch diese Kommission zum ersten Mal richtige Rahmenbedingungen vorgelegt bekommen, nämlich die Stereometrie – früher war alles offen –, und wir haben jetzt etwas gemacht, was viele schon am Anfang gefordert haben: Ehe wir über die Gestaltung reden, sollten wir erst einmal über den Inhalt, über die Nutzung reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Eckhardt Barthel (Berlin)

- (A) Dies ist jetzt gegeben. Insofern haben wir eine andere, eine neue Ausgangslage.

Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters: Herr Kollege Barthel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Vaatz? – Bitte.

Arnold Vaatz (CDU/CSU): Herr Kollege Barthel, Sie haben einen Vergleich zwischen der Dresdner Frauenkirche und dem Berliner Stadtschloss angestellt. Darf ich diesem Vergleich entnehmen, dass Sie auch beim Aufbau des Berliner Stadtschlosses eine hundertprozentige private Finanzierung, wie sie im Fall der Frauenkirche in Dresden gegeben ist, ins Auge fassen?

Eckhardt Barthel (Berlin) (SPD): Nein. Wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie feststellen können, dass ich vorhin, wie es auch im Antrag steht, von einer privat-öffentlichen Finanzierung gesprochen habe. Ich habe sogar noch ergänzt: Ohne öffentliche Mittel wird dieses Projekt sicher nicht zu verwirklichen sein.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss an die Adresse der Befürworter einer **Teilrekonstruktion** sagen: Es gibt dafür auch Argumente. Diese werde ich jetzt nicht vortragen; das werden sicher andere tun. Diese Teilrekonstruktion wird durch die Alternative B nicht ausgeschlossen.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja das Schlimme!)

- (B) – Das ist für einige das Schlimme, Herr Ströbele.

Ich sage Ihnen etwas für die Abstimmung. Wer keine Teilrekonstruktion haben möchte oder sie generell abschließt,

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kein Schloss!)

der hat überhaupt nur eine Chance, in einen Wettbewerb mit Alternativen zu kommen, wenn er für B stimmt. Alles andere unterstützt die Position A, lieber Herr Ströbele.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Entscheidung müssen Sie sich bewusst sein. Wie gesagt, es gibt auch dafür Argumente.

Wir haben in den letzten Tagen noch viele Briefe bekommen. Nicht alle waren sehr freundlich und sehr schön. Nur aus einem Brief möchte ich abschließend eine Forderung zitieren. Diese Forderung ist von mehreren gekommen. Dieser Brief endet mit dem Aufruf an den Bundestag: Geben Sie Ideenfreiheit!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, das ist der Kern dessen, was wir unter B vorhaben.

Ich bitte Sie, diese Ideenfreiheit zu geben und sich deshalb für die Alternative B zu entscheiden.

Ich danke Ihnen.

(C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters: Der Kollege Dr. Dietmar Kansy spricht für die Fraktion der CDU/CSU.

Dr.-Ing. Dietmar Kansy (CDU/CSU): Herr Präsident! Heute spreche ich bedauerlicherweise nicht für die Fraktion der CDU/CSU, sondern für mich.

Ich will es gleich sagen, lieber Kollege Barthel: Ich spreche auch mit der mir möglichen Leidenschaft, allerdings für die Alternative A.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich respektiere die Art, wie Sie für Ihre Alternative gewonnen haben; denn wir haben bis in die letzten Stunden hinein Briefe bekommen, in denen keineswegs der Respekt vor anderen Meinungen bekundet worden ist, sondern die teils hochnäsiger und mit einem Unfehlbarkeitsanspruch geschrieben wurden, dass man sich wirklich nur wundern kann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Natürlich hat diese Debatte viele Aspekte: politische, historische, stadtgeschichtliche, kulturelle, finanzielle. Ich möchte mich in meinem Beitrag nur zu den architektonischen und städtebaulichen einlassen.

Ich möchte ein Schreiben unseres ehemaligen Kollegen Peter Conradi ansprechen, der heute Präsident der Bundesarchitektenkammer ist. Er war übrigens Mitglied der Schlosskommission und hat in diesem Gremium keine Mehrheit für seine Meinung gefunden. Er hat heute einen Brief geschrieben, der mit „Gestaltungsdiktat“ überschrieben ist. Ich möchte wissen – wir alle kennen unseren alten Kollegen Peter Conradi –, was er gesagt hätte, wenn seine Meinung in der Schlosskommission mehrheitsfähig gewesen wäre und wir in ähnlicher Weise wie er jetzt reagiert hätten.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Rolle ist wirklich merkwürdig!)

Wie sehen die wesentlichen Argumente aus, die in den Briefen der Bundesarchitektenkammer und der Landesarchitektenkammern enthalten sind? Es wird gesagt, Berlin brauche zeitgenössische Architektur. Das ist richtig. Junge Architektinnen und Architekten bräuchten Chancen. Die haben sie in Berlin.

Aber wir haben heute abzuwägen, ob es in Berlin so wenig moderne Architektur gibt, dass wir die Chance verspielen dürfen, die entsetzlich klaffende städtebauliche Wunde im Herzen Berlins mit historischen Fassaden zu schließen. Spätestens seit der 2. Internationalen Bauausstellung ist Berlin zum Zentrum des Architekturtourismus geworden. In den letzten Jahren sind Libeskind, Zumthor, Eisenman, Pei, Piano, Jahn – und wie sie alle heißen – da-

Dr.-Ing. Dietmar Kansy

- (A) zugekommen. Warum sollte man nicht auch Foster, Schultes und Braunfels, die der Bundestag selber beauftragt hat, dazuzählen? Ich erinnere auch an den Berliner Architekturstreit zwischen Kollhoff und Kleihues auf der einen Seite und Gary und Behnisch auf der anderen Seite. Die Stadt Berlin hat also eine lebendige Architektur. Sie braucht in der Schlossfrage keinen Nachhilfeunterricht. Man darf die Entscheidung über das Schloss nicht zum Vehikel für die moderne Architektur dieser Stadt machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich empfehle Ihnen – das ist natürlich vor der Abstimmung nicht mehr möglich –, einmal in die Ausstellung im Spreespeicher zu gehen und sich anzuschauen, was vom historischen Berlin übrig geblieben ist. Sie werden feststellen, dass gerade einmal 10 Prozent des historischen Berlins nach dem Zweiten Weltkrieg übrig geblieben sind. Keine andere deutsche oder europäische Stadt ist so zerstört worden.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum wohl, Herr Kollege?)

– Diese Frage beantworte ich Ihnen gern. Diese Stadt ist durch zwei Diktaturen,

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, weil wir den Krieg angefangen haben! Deshalb ist das so!)

durch die Royal Airforce und dadurch, dass es im Nachkriegsberlin teilweise eine unsinnige Stadtplanung gegeben hat, zerstört worden. Auch das gehört zur jetzigen Diskussion.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Bereich westlich der Spreeinsel – das sei mit Respekt in Richtung der ehemaligen DDR gesagt – gibt es hervorragende **Rekonstruktionen**, zu denen manche Tugendwächter sagen, dass sie aussähen, als ob sie von Walt Disney gebaut worden wären. Das Forum Friedericianum, der Gendarmenmarkt, die Neue Wache, das Alte Museum, das Gorki-Theater, der Bereich der ehemaligen Singakademie und vieles andere mehr sind dort wieder entstanden. Der Versuch, den Herr von Boddien vor einigen Jahren unternommen hat, hat doch gezeigt, dass man noch nicht einmal das Grundstudium der Architektur abgeschlossen haben muss, um zu erkennen, dass der Mitte Berlins das Herz fehlt. Wenn man es baut, dann muss man es – zumindest in Richtung Westen – an das barocke und klassizistische Berlin anlehnen. Man darf hier keine moderne Architektur fordern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen ist die Behauptung, man schließe junge Architektinnen und Architekten aus, einfach unkorrekt. Ich hätte beinahe ein anderes Wort gesagt. Ich habe es nicht getan, weil ich niemanden verletzen will.

Natürlich bedeutet auch die Entscheidung für die **Alternative A**, dass dann die Diskussion verstummen muss. Es ist jetzt Zeit zu sprechen. Wer noch immer von Hüft-

schüssen spricht, der hat vergessen, was in den letzten zwölf Jahren geschehen ist. Ich selber war für den Deutschen Bundestag Preisrichter in dem so genannten Spreeinselwettbewerb. Es gab über 1 000 Versuche, diesen Bereich neu zu definieren. Es ist in den letzten zwölf Jahren nichts Besseres als die Anlehnung an das barocke und klassizistische Berlin – zumindest in Richtung Westen der Stadt – herausgekommen. Mit Westen meine ich natürlich nicht das ehemalige Westberlin. Das Modell A – manche verschweigen das – eröffnet auch Optionen in Richtung Osten, wo die Berliner Altstadt wegradiert worden ist, und bietet Möglichkeiten, das Gebäude sowohl außen wie auch innen zu gestalten.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch nichts als Täuschung!)

– Herr Ströbele, über die endgültige Gestaltung soll doch erst noch in einem Wettbewerb entschieden werden, der sicherlich viele neue Ideen zutage fördern wird.

Zum Schluss sage ich Ihnen noch eines: Wir haben drei Jahre lang darüber gestritten, ob wir hier eine Kuppel haben wollen. Zum großen Teil waren es dieselben Leute wie zurzeit, die sich dagegen gewandt haben. Der versammelte Fachverstand – oder der, der glaubte, es zu sein – und deren Zeitungen haben uns beschimpft. Dann kam die Stunde, als Bauherr über Demokratie zu entscheiden. Daraus ist etwas Vernünftiges geworden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Kolleginnen und Kollegen, ich werbe dafür, dass wir das jetzt auch beim Stadtschloss so machen. (D)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters: Es spricht die Kollegin Dr. Antje Vollmer, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch mich erinnert in dieser Debatte manches an die Diskussion um die Kuppel und um die Frage „Berlin oder Bonn“. Ich spreche für die **Alternative A**.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU/CSU)

– Erst mal zuhören!

Mit am wichtigsten in dieser Debatte ist, dass wir jetzt hoffentlich wirklich frei entscheiden können. Man hatte manchmal den Eindruck, als ob man sofort verdächtigt wird, ein Nostalgiker, ein Anhänger des preußischen Militarismus, des wilhelminischen Kitsches oder eines Kitschschlosses zu sein,

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Monarchist! – Dr. Norbert Lammert [CDU/CSU]: Oder der Ideenfreiheit!)

Dr. Antje Vollmer

- (A) wenn man es wagte, an die Möglichkeit einer Rekonstruktion des alten Schlosses zu denken. Ich begrüße, dass das weggefallen ist und dass wir wirklich frei sind zu wählen.

Es gibt keine naturgegebene Identität und auch keine naturgegebene Differenz zwischen architektonischen Baustilen und der Demokratie. Missbrauch, auch Missbrauch von politischer Macht, kann in jeder ästhetischen Form von Architektur passieren. Das heißt, es gibt nicht, wie oft suggeriert worden ist, einen direkten Zusammenhang zwischen dem Baustil der Moderne und der Demokratie. Demokratie kann in jedem Gebäude stattfinden. So passiert es auch in vielen Demokratien unserer europäischen Nachbarn.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In der Kunst gilt, was gut ist. In der Kunst gilt, was Qualität ist. Das Berliner Schloss war allererste Qualität. Die Baumeister Schlüter, Eosander und später Erdmannsdorff waren allererste Baumeister ihrer Zeit. Wir hängen also keinem nostalgischen Bild an, wenn wir uns für den Wiederaufbau einsetzen, sondern wir versuchen, etwas zu rekonstruieren, was von ganz großer Bedeutung war.

(Beifall des Abg. Werner Schulz (Leipzig)
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- (B) Man begreift das sehr schnell, wenn man sich den Stadtraum an dieser Stelle von oben anguckt. Man sieht dann nämlich, dass das historische Berlin um dieses Schloss herum konstruiert worden ist. Das heißt, dass dieser Mitte im Moment wirklich das **Herz** fehlt. Man sieht auch, dass alles, was darum herumgebaut worden ist, auf das Schloss zu gebaut worden ist. Zu Recht ist gesagt worden: Das Alte Museum hätte nicht diese großen Säulen, wenn nicht das Gegengewicht zum Schloss notwendig gewesen wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU –
Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Sehr richtig!)

Auch das Stadtbild braucht an dieser Stelle ein Gegengewicht. Notwendig ist die Wiederherstellung eines Zentrums, das ein dynamisches Zentrum war.

Zu den Argumenten der Kritiker. Sie fragen: Hat denn die **Moderne** bei euch keine Chance? Schon von vielen ist gesagt worden: Wie in keiner anderen europäischen Metropole hat die Moderne in der Stadt Berlin ihre Chancen gehabt. Wo hat es das denn sonst gegeben, dass man einen großen historischen Metropolenplatz wie den Potsdamer Platz neu und ausschließlich modern bauen konnte? Welche Chancen haben wir der Moderne hier im Regierungsviertel gegeben? Es wird Chancen am Alexanderplatz geben. Die Moderne hat große Architekten angezogen. Bei manchen Gebäuden – das sage ich ganz ehrlich – haben wir auch die Grenzen gesehen. Auch die Moderne ist in ihrer Gestaltungskraft nicht omnipotent.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der
CDU/CSU)

Im Unterschied zu den großen europäischen Metropolen Rom, London, Paris, Prag und Wien fehlt in Berlin ein zentrales Moment der geschlossenen architektonischen Tradition. Wir haben einzelne Momente der Tradition,

aber wir haben kein geschlossenes Ensemble. Es geht darum, ob wir ein Ensemble der Tradition wiederherstellen dürfen. (C)

Jetzt sagen die Kritiker: Man muss sich doch zu den Brüchen bekennen. Ich finde, es gibt in dieser Stadt, die so viele Brüche hat,

(Dr.-Ing. Dietmar Kansy [CDU/CSU]:
Genau!)

geradezu einen Kult der offenen Wunde. Das ist weder realpolitisch noch modern. Ich halte den Kult der städtebaulichen Wunde selbst für ein sehr romantisches Motiv. Es ist wie bei Parsifal: Zeige deine Wunde!

Dürfen wir überhaupt rekonstruieren? **Rekonstruktion** ist keine ästhetische Lüge. Rekonstruktion heißt auch nicht, dass man politische Restauration will. Wer das behauptet, der interpretiert politische Bedeutungen in ästhetische Entscheidungen. Rekonstruieren ist auch kein Sich-Outen als preußischer Militarist. Ich habe mich immer gefragt: Warum gilt Rekonstruieren eigentlich nicht als eine Möglichkeit der Moderne? Wenn man rekonstruiert – genau das kann man bei der Frauenkirche in Dresden sehen –, dann erhält man vor allen Dingen eines: ganz großen Respekt vor der Meisterlichkeit unserer Vorfahren.

(Reinhard Freiherr von Schorlemer
[CDU/CSU]: Sehr wahr!)

In Dresden sehen wir – das begreift eine ganze Stadt, die diese Mitte rekonstruiert –, dass wir der damaligen Zeit heutzutage in vielem nicht so viel voraus sind und wir in manchem sogar hinter dem zurückliegen, was man früher an ästhetischer, künstlerischer Qualität und an technischer Meisterlichkeit hervorgebracht hat. (D)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN, der SPD, der CDU/CSU und
der FDP)

Dies dürfen wir uns auch heute noch in Erinnerung rufen.

Ich komme auf die politische Botschaft zu sprechen. Das Ensemble Unter den Linden – es wäre das einzige historische Zusammenhängende, wenn wir es rekonstruieren würden – sagte inhaltlich Folgendes aus: In der Mitte der Ort für die politische Macht.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Die absolute Macht!)

Darum herum – eingebunden – war die Museumsinsel, waren die Universitäten, waren die Opern, war die Neue Wache – sie stand damals für Militärreform und nicht für Militarismus – und waren die Kirchen als ein Ort der Toleranz. Das heißt, dieses Ensemble war eine politische Landschaft, es war Ausdruck einer großen europäischen Kultur der Toleranz, der Aufklärung und der Humanität.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN, der SPD, der CDU/CSU und
der FDP)

Ich glaube, dass es erlaubt ist, sich zu dieser Tradition zu bekennen. Ich glaube sogar, dass es vor dem Hintergrund des Europa, das wir bauen werden, wichtig ist, an

Dr. Antje Vollmer

- (A) diese Tradition zu erinnern. Wenn so viele Berliner den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses wollen,

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es sind die Auswärtigen, die das wollen!)

dann ist es auch diesem Parlament gestattet, sich dazu zu bekennen.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP – Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters: Es spricht der Kollege Dr. Günter Rexrodt, FDP-Fraktion.

Dr. Günter Rexrodt (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Erscheinungsbild Berlins hat sich in den letzten Jahren in fantastischer Weise gewandelt, nicht aber die historische Mitte. Da sind – der Baufortschritt ist, wenn auch schleppend, erkennbar – die grandiosen Bauten der Museumsinsel und da ist der Schlossplatz mit der Halbruine des Palastes der Republik. Außerdem sind da Zelte, Buden und deren über den Platz zerstreute Bestandteile.

- (B) Jeder hat Verständnis dafür, dass über die Gestaltung dieses wichtigen Areals nicht von heute auf morgen im Schnelldurchgang entschieden werden kann. Aber zehn Jahre Diskussion ist eine lange Zeit. Ich glaube, dass keine neuen Ideen mehr vorgetragen werden. Mit der Gestaltung des Schlossplatzes muss begonnen werden. Die FDP ist der Auffassung, dass die Empfehlungen der Internationalen Expertenkommission dafür eine gute Grundlage sind. Es bedarf einer zügigen Umsetzung. Eine wie auch immer geartete neue Bundesregierung muss darauf hinwirken, dass ein Zeitplan entsteht, der den Menschen in Deutschland und vielen, die die hiesigen Geschehnisse aus dem Ausland beobachten, den Eindruck vermittelt, dass es um Gestaltung und Handeln geht und nicht um Zeitgewinn und Entscheidungsangst.

Die Empfehlungen der Kommission zur Nutzung sind in Bezug auf Anspruch und Inhalt beachtenswert. Sie finden die grundsätzliche Billigung meiner Fraktion. Das gilt für den kulturellen Teil mit dem Vorschlag, die Dahlemer Sammlung, die Schätze der Universität und Bibliotheken in diesem neuen Gebäude unterzubringen. Insbesondere die Ausstellung der außereuropäischen Sammlungen an dieser zentralen Stelle, an diesem exponierten Platz wäre ein Ausdruck der Offenheit unseres Landes für die Kulturen der Welt. Richtig ist auch der Vorschlag, eine Anzahl von Räumen in der historischen Dimension wiederzuerichten. Berlin fehlt eine Lokalität, die, vergleichbar der Wiener Hofburg, geeignet ist, internationale Großereignisse wie G-8-Gipfel oder Tagungen der UN oder der Europäischen Union aufzunehmen.

Ich persönlich würde es im Übrigen auch begrüßen, wenn nach Wegen gesucht würde, herausragende Bestandteile des Palastes der Republik, meinetwegen auch den Saal der Volkskammer, die ja eine gesamtdeutsche

Tradition hat, in diesem neuen Gebäude unterzubringen. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Ostseite – das ist schon gesagt worden – bietet dafür durchaus Perspektiven.

Bezüglich der Gestaltung des Umfeldes sticht die Empfehlung hervor, die Bauakademie wiederherzustellen. Der Senat hat dazu eine grundsätzlich positive Entscheidung getroffen. Auch die Nutzung des Staatsratsgebäudes ist wohl unumstritten, ebenso die Wiederherstellung des Schlossplatzes. Für bessere Gestaltungsmöglichkeiten des Lustgartens würde ich mir wünschen, dass die Straße Unter den Linden unmittelbar nach der Schlossbrücke nach rechts abknickt und erst wieder links am Staatsratsgebäude vorbei in die Rathausstraße einmündet. So könnte man über den vergrößerten Lustgarten den Kubus des neuen Schlosses wirklich überzeugend mit der Museumsinsel verbinden. Es entstünde ein Ensemble, das in dieser Form in Europa nicht ein zweites Mal existiert.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ob nun das Marx-Engels-Forum in der jetzigen Größe erhalten bleiben soll, sollten wir später diskutieren.

Der meist diskutierte Aspekt ist zu Recht die Architektur des neuen Kubus. Die so genannte Stereometrie des Baukörpers ist offensichtlich unumstritten. Es geht um die Fassadengestaltung, genauer gesagt, um die Frage, ob die Barockfassade an der Nord-, Süd- und Westseite des Kubus und ebenso der Schlüterhof wiederhergestellt werden sollen oder ein offener Wettbewerb stattfinden soll. (D)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte dafür werben, dass Sie für die **Alternative A** stimmen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich weiß sehr wohl, dass es hier nicht um letzte Weisheiten, sondern um Abwägungen geht. Ins Gewicht fallen für mich persönlich folgende Aspekte:

Die barocke Fassade ist mehr als jede andere geeignet, den Baukörper mit der Museumsinsel zu einem einheitlichen Ganzen zu verbinden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich zähle mich, wenn ich das einmal so sagen darf, zu denjenigen, die sich immer mit moderner Architektur befasst haben. Ich liebe sie. Es ist heute auch gesagt worden, dass wir in Berlin viel moderne Architektur haben, meist gelungene, aber auch andere. Ich bin prinzipiell der Auffassung, dass die Gegenwartsarchitektur die Zeit widerspiegeln muss. An einigen Stellen muss es aber auch Abweichungen geben können. Manchmal sind sie auch zwingend erforderlich. Diese hat es aus guten Gründen in Warschau, Würzburg und München, in Dresden und letztlich sogar in Charlottenburg gegeben, weil Umfeld und

Dr. Günter Rexrodt

- (A) historischer Zusammenhang das nahe gelegt haben. Das trifft nach meiner Auffassung auch für den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses zu.

Bei aller Sympathie für moderne Architektur halte ich fest: Dieses Gebäude muss auch in 200 und 300 Jahren dem Geschmack der Menschen entsprechen. Ich glaube nicht, dass dies an dieser Stelle mit moderner Gestaltung möglich sein könnte, auch nicht auf der Basis irgendwelcher Mischformen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Lachen der Abg. Monika Griefahn [SPD])

Die Menschen unserer und wohl auch der folgenden Generationen suchen Identität in ihrer Geschichte. Zumindest in ihrer großen Mehrheit brauchen Sie diese Identität auf dem Weg in ein neues, größeres Gemeinwesen, in das Gemeinwesen Europa. Dass dieser Weg beschriftet wird, wollen und befürworten auch wir. Diesen Weg kann man aber nur dann gehen, wenn man weiß, wer man ist.

Im Übrigen tun sich andere Völker sehr viel leichter und gehen sehr viel selbstverständlicher damit um, wenn es solche Entscheidungen zu treffen gibt. Wir wissen, warum; wir sollten aber auch ein Stück von diesem ganz natürlichen Geschichtsverständnis übernehmen.

Letztlich sind es auch finanzielle Aspekte, die für die barocke Fassade sprechen. Wenn ich sage „letztlich“, dann ist das eigentlich wieder nur politische Correctness, denn ohne Geld geht im Grunde genommen gar nichts.

- (B) Die Public Private Partnership wird sich schwer tun, die für diesen Bau notwendigen 670 Millionen Euro aufzubringen. Ich bin davon überzeugt, dass es, wenn wir keine barocke Fassade vorsehen, sehr viel schwerer sein wird, private Mittel und Spenden zu mobilisieren. Das kann sicherlich nicht das Entscheidende sein, Herr Barthel, aber es ist ein gewichtiges Argument, wenn wir hier vorankommen wollen.

(Dr. Norbert Lammert [CDU/CSU]: Wenn es zustande kommt!)

Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters: Herr Kollege Rexrodt, Sie haben Ihre Redezeit schon weit überschritten. Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

Dr. Günter Rexrodt (FDP): Ja. – Es geht darum, dass wir – das darf ich als Letztes sagen – die nächsten Schritte zügig voranbringen. Die Menschen erwarten eine Entscheidung. Es soll ein Gebäude sein, das sich zur Zukunft bekennt, aber die Traditionen aufnimmt. Wir haben es verdient und können es uns leisten, unsere Geschichte mit der Zukunft zu verbinden. Das kann nur mit einer barocken Fassade geschehen. Alles andere wäre unvollendet und ein Zeichen mangelnden Selbstverständnisses. Dies haben wir in einer Stadt wie Berlin, die so viel Modernes und Zukunftsweisendes zeigt, nicht nötig. Deshalb gehört an diese Stelle – dafür werbe ich – die barocke Fassade an der Süd-, Nord- und Westseite des neuen Kubus.

Schönen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters: Ich gebe das Wort dem Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Berlin, Dr. Thomas Flierl.

Dr. Thomas Flierl, Senator (Berlin) (von der PDS mit Beifall begrüßt): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dem Hauptstadumzug rückt nun die nächste öffentliche Bauaufgabe in den Mittelpunkt des Interesses: die funktionelle und gestalterische Neubestimmung der alten preußisch-deutschen Staatsmitte, des späteren gesellschaftlichen Zentrums Ostberlins. Vor dem Hintergrund der fast ein Jahrzehnt währenden geschichtspolitischen und ästhetischen Konfrontation von Palast- und Schlossanhängern hat die Expertenkommission in der Tat einen wesentlichen Durchbruch erreicht.

Denn erinnern wir uns: Indem dem Palast der Republik durch übereilte Schließung die Teilnahme am gesellschaftlichen Wandel versagt wurde, er so mit seiner schrittweisen Ruinierung zum Symbol des Vergangenen schlechthin gemacht wurde und die Schlossanhänger das bloße Sehnsuchtsbild des Schlosses gegen die lebendige Erinnerung einer Mehrheit der Ostdeutschen gesetzt hatten,

(Beifall bei der PDS – Vera Lengsfeld [CDU/CSU]: Das ist ja nicht wahr!)

war die bekannte Blockade der 90er-Jahre entstanden. Der Vorzug der Expertenkommission war ja gerade, dass sie nicht am ideologisch geführten – Kollege Barthel sprach vom fundamentalistisch geführten – Bilder- und Fassadenstreit ansetzte, sondern zuerst nach der Nutzung, und zwar einer dem Ort angemessenen, öffentlichen, für Stadt und Gesellschaft sinnbestimmenden Nutzung des Ortes, und erst dann nach städtebaulicher Einordnung, Finanzierbarkeit und Architektur des Neubaus fragte.

(D)

Der Berliner Senat begrüßt die vorgeschlagene Nutzungskonzeption des so genannten **Humboldt-Forums** als den Ausgangspunkt aller weiteren Überlegungen. Die Auftraggeber der Expertenkommission, Bundesregierung und Senat, haben daher am 15. Mai dieses Jahres vereinbart, das Nutzungs-, Raum- und Betreuungskonzept mit den vorgesehenen Hauptnutzern zügig zu konkretisieren. Mit der Gestaltung eines solchen kultur- und wissenschaftsgetriebenen Forums, das die Auseinandersetzung der Bürgerinnen und Bürger mit Geschichte, Gegenwart und Zukunft einer zunehmend globalisierten Welt ermöglichen sollte, entstünde ein völlig neuer Typ hauptstädtischer Kulturinstitution,

(Beifall bei der PDS)

ein Beitrag Deutschlands für den internationalen kulturellen Diskurs und eine dem Ort tatsächlich angemessene öffentliche Nutzung.

Es gehört in das denkwürdige Umfeld der heutigen Debatte, dass Sie die Position der den Berliner Senat tragenden Abgeordnetenhausfraktionen von SPD und PDS

Senator Dr. Thomas Flierl (Berlin)

- (A) wörtlich im Änderungsantrag der PDS-Bundestagsfraktion nachlesen können. Ich will dennoch zu den Kernpunkten der Debatte meine Position vertreten.

Wenn sich der Bundestag bereits jetzt zur Architektur äußern würde, das heißt, ohne sich zuvor zum Bauherren erklärt und die Bauaufgabe definiert zu haben, entstünde eine mehrfach paradoxe Situation: Nicht nur, dass dem Bundestag die Möglichkeit genommen würde, unter verschiedenen architektonischen Varianten des Projektes die beste Lösung zu wählen, eine paradoxe Situation entstünde auch dadurch, dass sich der Bundestag, bevor er sich zur Bauaufgabe, zu deren Finanzierung sowie zur zukünftigen Betreuung verbindlich geäußert hat, bereits durch politische Willensbildung in der Frage der Gestaltung fest an das Projekt gebunden hätte.

Wer die Entscheidung über die Architektur trifft, hat auch die Verantwortung für die **Finanzierung** zu tragen.

(Beifall bei der PDS sowie der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was geschieht, wenn sich der Bundestag ein Schloss wünscht, die finanzielle Kraft zum Humboldt-Forum aber nicht reicht oder sich Konflikte zwischen der noch zu präzisierenden Nutzung und bereits getroffenen gestalterischen Vorgaben einstellen? Ist dann das historische Stadtbild höher als die öffentliche Nutzung zu bewerten?

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Ist dem Bundestag der Wunsch nach historischen Fassaden jene fast 600 Millionen Euro wert, die das Humboldt-Forum kosten soll, selbst dann, wenn die Fassaden von privater Seite finanziert werden?

- (B) (Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Das andere kostet doch genauso viel!)

Nach Auffassung der den Berliner Senat tragenden Parteien sollte der verabredete Weg einer stufenweisen Entwicklung des Projekts weiter beschritten werden und Architektur und Fassadengestaltung erst im Ergebnis eines offenen Wettbewerbes geklärt werden.

(Beifall bei der PDS sowie des Abg. Hans Büttner [Ingolstadt] [SPD])

Die Mehrheitsfraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses vertreten insofern die **Variante B**.

Abgesehen von der Erörterung der Frage, ob eine gänzlich neuartige öffentliche Bauaufgabe, wie sie das Humboldt-Forum darstellt, nicht zuerst als eine einzigartige Herausforderung für die zeitgenössische Architektur begriffen werden sollte: In einem offenen Wettbewerb hätte auch eine Schlossrekonstruktion ihre Chance.

(Beifall bei der PDS)

Eine im Ergebnis eines transparenten öffentlichen Verfahrens getroffene Entscheidung hätte gewiss auch mehr Anspruch auf breite Akzeptanz. Die Schlossreplik zum jetzigen Zeitpunkt zu dekretieren gefährdet dagegen wohl eher das Projekt; denn an die Stelle einer durch solche Verfahren legitimierten Projektentwicklung träte die ästhetisch-politische Entscheidung ohne eine Absicherung im Haushalt.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Mehr als anderswo brauchen wir aber an diesem Ort die Demokratie als Bauherrin. (C)

Danke schön.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters: Zu einer Kurzintervention gebe ich der Kollegin Vera Lengsfeld das Wort.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Beifall des Abg. Axel E. Fischer [Karlsruhe-Land] [CDU/CSU])

Vera Lengsfeld (CDU/CSU): Herr Senator Flierl, von Ihnen als Gesellschaftswissenschaftler hätte ich etwas mehr historisches Verständnis und Bewusstsein erwartet. Ich möchte an dieser Stelle Ihre PDS-Legenden nicht unwidersprochen lassen.

Erstens. Das **Berliner Schloss** ist gegen den formierten Widerstand der Intellektuellen der DDR abgerissen worden. Ich möchte nur beispielgebend Brecht und Piscator nennen,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

die sich gemeinsam mit anderen Künstlern und Intellektuellen der DDR zu einer ersten Bürgerinitiative zusammengeschlossen hatten, um den Schlossabriss zu verhindern.

Zweitens. Als der Abriss nicht verhindert werden konnte, waren es Professor Hamann von der Humboldt-Universität und viele andere, die zumindest die historisch wertvollen Teile vor dem endgültigen Untergang gerettet und dafür gesorgt haben, dass in Ostberlin und in Potsdam die Schlossskulpturen erhalten wurden. (D)

(Dr. Ruth Fuchs [PDS]: Das leugnet doch niemand!)

Es war also wieder eine Bürgerinitiative, die dafür gesorgt hat, dass die historisch wertvollen Teile des Schlosses nicht vernichtet wurden, sondern sie in Potsdam, in Berlin und anderswo – öffentlich oder nicht öffentlich – erhalten wurden.

Drittens. Die Legende, der **Palast der Republik** sei von der Mehrheit der DDR-Bevölkerung begrüßt worden, ist doch einfach nicht wahr. Als der Palast gebaut wurde, gab es große Erbitterung unter der DDR-Bevölkerung, und zwar deswegen, weil die Bauarbeiter für den Bau des Palastes der Republik aus allen Teilen der DDR zusammengezogen wurden und andere wichtige Bauvorhaben nicht ausgeführt werden konnten, unter anderem Krankenhäuser.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Damals waren die Bürger der DDR der Meinung, dass Krankenhäuser zu bauen wichtiger wäre als Erichs Lampenladen.

Es ist auch nicht wahr, dass es zur **ostdeutschen Identität** gehörte, in diesen Palast zu gehen. Ich möchte daran

Vera Lengsfeld

- (A) erinnern, dass der Palast zu den Zeiten, zu denen die Volkskammer dort tagte, ein abgeschlossenes Territorium war und die Bürger der DDR dort gar nicht hinein konnten. Erst die frei gewählte Volkskammer hat mit diesen Zuständen Schluss gemacht.

(V o r s i t z : Vizepräsidentin Anke Fuchs)

Wenn man überhaupt davon reden kann, dass es eine Identität für den Palast gibt, dann muss man sagen, dass es eine PDS-Identität ist. Aber die PDS-Identität hat nichts mit der Identität der DDR-Bevölkerung zu tun. Ich widerspreche Ihnen ganz entschieden, wenn Sie immer wieder versuchen, die Bevölkerung der DDR für Ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Herr Senator, Sie dürfen darauf erwidern. Bitte sehr.

Dr. Thomas Flierl, Senator (Berlin): Frau Lengsfeld, ich glaube, Sie haben in Ihrem Redebeitrag viele Positionen, die in meiner Rede nicht vorkamen, auf mich projiziert.

(Beifall bei der PDS)

Ich vertrete ausdrücklich die Position, dass hier ein Gemeinsinn stiftendes neues Projekt entstehen soll, das auch den Abschied vom Palast der Republik einbeziehen könnte.

- (B) Ich wende mich gegen den Eindruck, der leider immer noch verbreitet wird, dass nämlich das Schloss wegen des Palastes abgebrochen wurde. 25 Jahre ostdeutscher Geschichte lagen dazwischen. Aus heutiger Sicht ist sehr klar zu verurteilen, dass das Schloss abgebrochen wurde. Deswegen braucht es jetzt eine Synthese, die in die Zukunft führt.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Ich erteile nun dem Kollegen Wolfgang Thierse das Wort.

Wolfgang Thierse (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Worüber wir heute streiten, Herr Flierl, ist die Frage, ob sich der demokratische Souverän zutrauen darf, nicht nur über ein Nutzungskonzept und allgemeine Grundsätze der Gestaltung von Berlins historischer Mitte zu befinden, sondern auch über deren Gestaltung. Sie alle werden in der vergangenen Woche den Appell unseres ehemaligen Kollegen Conradi vernommen haben, der als unterlegenes Mitglied der Expertenkommission nun fordert: Geben Sie Ideenfreiheit!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da werden wahrhaft geschichtsträchtige Worte bemüht, die bedauerlicherweise doch ein wenig geschichtsvergessen daher kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Gab es jemals ein obrigkeitsstaatliches Verbot, für diese Bebauung moderne Lösungen zu denken oder gar vorzuschlagen? Ich erinnere mich nicht an ein solches Verbot. Ist wirklich schon vergessen, dass es vor Jahren einen völlig **offenen Architektenwettbewerb** ohne Vorgaben und Fesseln gegeben hat, leider ohne einen einzigen Entwurf, der wirklich so überzeugt hätte, dass er noch heute in der Diskussion wäre? (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der FDP)

Nein, es geht heute nicht um Gedankenfreiheit; die es in diesem Prozess immer gegeben und die es weiter geben muß. Die **Einsetzung der internationalen Expertenkommission** war ja vielmehr die Antwort auf die Ratlosigkeit, die sich nach zehn Jahren Debatte ohne Ergebnis eingestellt hatte. Hier und heute entscheidet der Souverän. Herr Flierl, dieses Parlament ist Demokratie als Bauherr.

Ich möchte Ihnen fünf Gründe nennen, warum ich mit meinem **Plädoyer für Alternative A**, also das Votum der Expertenkommission für ein neues und modernes Gebäude mit der Teilrekonstruktion dreier Fassaden und des wunderbaren Schlüterhofes des ehemaligen Schlosses, werbe.

Erstens. Der **historische Grund**. Städte sind auch und ganz wesentlich vergegenständlichte Erinnerung. Städte wie Rom, Paris, Prag, jene Städte, die wir so lieben, wirken deswegen so beeindruckend auf ihre Besucher wie ihre Bewohner, weil in ihnen verschiedene historische Schichten präsent, erlebbar und sichtbar sind. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der FDP)

In ihnen dominiert keine historische Eindimensionalität; vielmehr ist darin menschenverträgliche Ungleichzeitigkeit architektonische und städtebauliche Gestalt geworden. Berlin gilt bedauerlicherweise zu Recht – es ist schon gesagt worden – als die Metropole Europas, die sich immer wieder selbst zerstört hat und in der deshalb fast ausschließlich die Architektur eines Jahrhunderts dominiert.

Wer, so möchte ich fragen, käme wohl in einem unserer Nachbarländer mit jahrhundertealter Kultur auf die Idee, das Ernstnehmen der Vergangenheit gerade darin zu suchen, „mit den Verlusten zu leben“, also die offene Wunde der historischen Mitte Berlins verewigen zu wollen, wie es vergangene Woche in der „Zeit“ zu lesen war?

Zweitens. Der **städtebauliche Grund**. Mit Bedacht spricht die Alternative A vom „architektonischen Brückenschlag“ zur Museumsinsel und zur Straße „Unter den Linden“. Das Berliner Schloss war der geplante und gewollte Abschluss dieses Boulevards.

(Dr. Günter Rexrodt [FDP]: Genauso ist es!)

Die Straße „Unter den Linden“ führte genau auf das Schloss zu. Der Boulevard gehört zu den wenigen großen, berühmten, geschichtsträchtigen, in ihrer Geschichtsträchtigkeit noch oder wieder sichtbaren und fassbaren Straßen in Deutschland. Die Städte der frühen Neuzeit

Wolfgang Thierse

- (A) wurden mit Sichtachsen gebaut, deren einmalige Chance zur Wiederherstellung wir heute haben.

Nach Westen hin, zu den Linden, werden gerade die Kommandantur und die Schinkelsche Bauakademie wieder aufgebaut, die in direkter Korrespondenz zur Schlosskubatur und -fassade stehen. Im Süden wird der Komplex durch den historischen Marstall fortgesetzt. Im Norden schließt sich die Museumsinsel mit dem Alten Museum und dem Berliner Dom an, deren Formensprache – bei dem Schinkelschen Bau mehr, bei dem anderen weniger geglückt – ganz unmittelbar auf den Schlüterschen Schlossbau bezogen sind. Nur nach Osten hin ist durch die, aufgrund der Asbestverseuchung notwendig gewordene Sanierung des Palastes der Republik bis auf sein Gerippe, seine Hülle, eine leere, eine offene Situation entstanden, für die wir eine überzeugende Antwort finden müssen.

Drittens. Der **nutzungsbezogene Grund**. Wir sind uns mit der Expertenkommission einig, dass an diesem Standort ein öffentlicher und zugleich kultureller Schwerpunkt für die Bürger dieser Stadt und dieses Landes, entstehen soll. Auch dies bedeutet einen Brückenschlag zur Museumsinsel, der sich im Inneren wie im Äußeren des neuen Gebäudes widerspiegeln sollte. Ich darf uns alle daran erinnern – als Berliner tue ich das mit großer Freude –, dass die UNESCO die Museumsinsel zum Weltkulturerbe erklärt hat. Ich halte es für schlichtweg unvorstellbar, dass wir deren Nutzungsbereich heute auf das ehemalige Schlossareal ausdehnen, zugleich aber eine Lösung zuließen, die dort architektonisch nicht die Museumsinsel, sondern den Potsdamer Platz fortsetzt.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der FDP)

Im Übrigen: Mit der zu beschließenden Nutzung knüpfen wir nur an das an, was bereits in den 20er-Jahren des 20. Jahrhunderts von diesem Schloss beherbergt wurde: Es war Ort für Theater, Museen und Ausstellungen geworden und hatte seine preußisch-herrschaftliche Funktion längst hinter sich gelassen.

Viertens. Der **architektonische Grund**. Wir treffen heute eine Entscheidung zwischen einer Lösung, die es gibt, und einer solchen, deren Gestalt noch gänzlich offen ist. Wenn ich für die schlütersche Barockfassade plädiere, dann auch deshalb, weil ich sie an diesem Ort für die besere und ästhetisch angemessenere Lösung halte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Das Berliner Schloss gehörte zu den bedeutendsten Barockbauten, Säkularbauten nördlich der Alpen, stellte das bedeutendste Architekturdenkmal Berlins dar. Seine Architekturgeschichte und der Verbleib von Fassadenteilen – auch das hat die Arbeit der Expertenkommission zutage gebracht – sind so gut dokumentiert, dass an einer erfolgreichen Rekonstruktion nicht gezweifelt werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Lösung zu wollen, so behaupte ich, ist sogar die mutigere. Der demokratische Souverän als Bauherr legt

sich fest, verschiebt die Entscheidung nicht erneut, überlässt sie nicht den berechtigten wie verständlicherweise anders gearteten Interessen von Architekten, Investoren oder Interessengruppen. Wir sollten entscheiden, dass und wie die historische Mitte Berlins künftig Gestalt gewinnt. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU/CSU)

Das ist **keine generelle Absage an moderne Architektur**. In Berlin ist im vergangenen Jahrzehnt so viel Neues gebaut worden wie in sonst keiner europäischen Stadt: Mit dem Kanzleramt, den Parlamentsneubauten, dem Alexanderplatz, der Leipziger Straße, dem Potsdamer Platz, dem Leipziger Platz usw. haben wir Jahrhundert- und Jahrhundertanfangsarchitektur in Hülle und Fülle, großartige, durchschnittliche und schlechte. Sie gehört gerade nicht als moderner Solitärbau zwischen Altes Museum, Marstall und wieder errichtete Kommandantur.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der FDP)

Ein Wort, liebe Kolleginnen und Kollegen, zum **Palast der Republik**: Bis auf die Fraktion der PDS sind wir uns einig, wie ich wahrnehme, dass er abgerissen werden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich sage das ohne jedes Triumphgefühl; denn ich bin das Gegenteil eines Abrissfanatikers. Aber mit dem Abriss des Palastes – das will ich hinzufügen – werden nicht die DDR oder die guten Erinnerungen an sie, die es unbestreitbar gibt, abgerissen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dass viele Menschen freundliche Erinnerungen an den Palast haben, weiß ich. Ich kann es beschreiben: der großartige Saal, in dem Feste stattgefunden haben; eine Bowlingbahn – so viele gab es in Ostberlin nicht –; die beiden Gaststätten, in denen es gutes, zugleich relativ billiges Essen gab. Das erzeugt gute Erinnerungen. Die werden doch nicht abgerissen. Es bleibt doch viel **architektonisches Erbe**; es bleiben die vielen architektonischen Zeugnisse der DDR von der Frankfurter Allee bis hin zu den Neubaugebieten in Marzahn und Hellersdorf. Man könnte noch eine Menge andere beschreiben.

Was vom Palast weiterleben muss, ist der Gedanke der **Volkshaus-tradition**. Das neue Gebäude soll deshalb nicht nur musealer Ort sein, sondern ein öffentlicher Ort der Begegnung und der kulturellen Betätigung. Darin sind wir uns einig. Das ist die Anknüpfung an die Volkshaus-tradition.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Fünftens und ausdrücklich letztens. Der **finanzielle Grund**. Das fatalste Ergebnis des heutigen Tages wäre es, wenn wir mit unserer Beschlussfassung über die Ergebnisse der internationalen Expertenkommission nur die

Wolfgang Thierse

- (A) nächste Runde verschobener Entscheidungen, weiterer Wettbewerbe und weiterer Kommissionen einleiten würden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der FDP)

Es wäre eine Blamage der Politik. Nach zwölf Jahren Debatte von Eile zu reden, halte ich, gelinde gesagt, für einigmaßen übertrieben.

(Dr. Norbert Lammert [CDU/CSU]: Das kann man sagen!)

Nach zwölf Jahren Debatte steht die Angelegenheit zur Entscheidung an. Dabei wissen wir, ganz nüchtern gesprochen: Die Stadt Berlin wird bei der finanziellen Realisierung dieses Projekts, wiederum vornehm ausgedrückt, nicht sehr viel helfen können.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Über das Ausmaß der Bereitschaft von Hans Eichel, **Finanzmittel des Bundes** bereitzustellen, mag ich auch nicht spekulieren.

Also bleibt realistischerweise allein die von der Kommission vorgeschlagene **öffentlich-private Mischfinanzierung**. Aber – dessen müssen wir uns ebenfalls heute ganz nüchtern bewusst sein – auch die setzt als Lösung ein neues Gebäude mit Erinnerung an Geschichte, mit rekonstruierten Barockfassaden voraus, weil nur dafür, so die Experten, **private Gelder** mobilisierbar sind. Ich erinnere an die Beispiele für Engagement und Begeisterung in Dresden und Leipzig. Sie sind vielleicht ansteckend, sogar ausnahmsweise einmal für Berlin.

- (B)

Opfern wir damit die **ästhetische Souveränität des Staates** den privaten Interessen, wie ich gelesen habe? Keineswegs. Wäre es so, dann hätten wir das Gelände zum Beispiel an Sony veräußert. Deren Konzernzentrale hätte nicht am Potsdamer Platz, sondern in der historischen Mitte Berlins ihre Ästhetik- und Nützlichkeitsvorstellungen umgesetzt. Genau das wollen wir nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Unsere Entscheidung für eine Teilrekonstruktion würde sich hingegen an den Vorstellungen der ungezählten Bürgerinnen und Bürger – Privatleute wie Firmeninhaber, Freiberufler wie Manager, Alte wie Junge – orientieren, die – ob als Berliner oder Bürger anderer Städte – in Umfragen nicht nur eine beträchtliche Präferenz für ein historisches Bauwerk ausdrücken, sondern auch ihre Bereitschaft, dafür privates Geld mitzubringen.

Im Übrigen – nur damit es nicht immer falsch tönt –: Auch jeder Neubau kostet unendlich viel Geld. Unser Vorschlag für eine gemischte privat-öffentliche Finanzierung spart aller Wahrscheinlichkeit nach der Öffentlichkeit etwas mehr Geld als ein anderer Bau.

Ich komme zum Schluss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht nicht – um das noch einmal zu betonen – um den Wiederaufbau des Schlosses insgesamt, sondern um einen modernen Bau, der zugleich Geschichte wieder

erinnert, wiedergewinnt und wieder zeigt, ohne jedoch zu verstecken, ein moderner Bau zu sein. Es geht um ein **Haus für eine öffentliche Nutzung** durch die Bürger, deren Bürgerengagement wir für den Bau gewinnen wollen. Das Ergebnis könnte faszinierend sein: eine der großen Museumslandschaften der Welt in der historischen Mitte der deutschen Hauptstadt. Das ist das Projekt. (C)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus meiner Sicht sprechen alle Gesichtspunkte für die in Alternative A vorgeschlagene Lösung. Wir werden heute diese oder auf lange Sicht keine Lösung bekommen.

Herzlichen Dank für das Zuhören.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Ich erteile das Wort dem Kollegen Günter Nooke für die CDU/CSU-Fraktion.

Günter Nooke (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als mich im April 2000 ein mit dem Bundeskanzler befreundeter Journalist aufsuchte und sagte, der Kanzler überlege, was er für Berlin tun könne, habe ich ihm geantwortet: Er soll das Schloss aufbauen. Der Journalist antwortete: Daran hätte der Kanzler auch schon gedacht. So gesehen freue ich mich, dass sich heute – hoffentlich nicht nur angesichts des Wahlkampfes – der Bundeskanzler mit seiner Meinung in die Öffentlichkeit wagt.

Das sollte uns aber nicht unbedingt darüber hinwegtäuschen, welche Parteien mehr und welche weniger für den Wiederaufbau des Schlosses waren, sondern uns vielmehr darauf hinweisen, dass sich alle Parteien wie auch die Bürgerinnen und Bürger Berlins von einem Hamburger Kaufmann namens von Boddien die Augen haben öffnen lassen. Er hat die **Schlossfassadeninstallation** durchgeführt und uns damit den Blick in die historische Mitte Berlins eröffnet. (D)

Ich bin froh, dass wir diese Debatte im Deutschen Bundestag ohne ideologische Scheuklappen führen. Ich wünsche mir, dass das auch für die derzeit zuständigen Senatoren in Berlin gilt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist gewiss eine Tugend, intensiv über die Gestaltung des Schlossplatzes zu diskutieren; denn es ist – so wurde es hier schon häufig gesagt – der zentrale Platz des wiedervereinten Deutschlands. Er gehört nicht Berlin, sondern der ganzen Republik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Seit 1443 bis zum Ende der DDR definierte sich dieser Ort als Mitte eines Staates, zunächst Brandenburgs, danach Preußens und des Kaiserreichs.

Es wäre aber ganz sicher eine Tugend, eine solche Diskussion endlich zu einem Ende zu bringen. In dem Antrag „Empfehlungen der Internationalen Expertenkommission ‚Historische Mitte Berlin‘“ des Kollegen Eckhardt Barthel und anderer heißt es in der Begründung:

Günter Nooke

- (A) Die Entscheidung für die Rekonstruktion der barocken Außenfassaden sowie im so genannten Schlüterhof ist dagegen nur mit knapper Mehrheit zustande gekommen. Der Wettbewerb sollte daher offen gestaltet sein; damit werden auch Alternativen zur barocken Rekonstruktion der Fassaden möglich.

Das heißt natürlich nichts anderes, Herr Barthel, als dass eine Diskussion wieder von vorn anfängt. Ich gebe zu, dass es in diesem Zusammenhang nicht angebracht ist, einfach zu sagen: Mehrheit ist Mehrheit. Gleichwohl wird man aber die Frage stellen dürfen: Wie groß muss eine Mehrheit sein, damit man sie als die Mehrheit ansehen kann, die eine Entscheidung fällen kann?

Wenn man beispielsweise mit den Vorschlägen und Abstimmungsverfahren bei der **Rekonstruktion des Reichstages** auf die Weise umgegangen wäre – Herr Kansy hat darauf hingewiesen –, hätte es wahrscheinlich bis heute noch keine forstersche Kuppel gegeben. Inzwischen ist diese ein Wahrzeichen Berlins geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wer allein die Menge der Menschen betrachtet, die sich teilweise stundenlang anstellen, um diese Kuppel zu besuchen, wird derart langwierige Diskussionen, wie wir sie hier führen, kaum noch verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Ich glaube, dass in den vergangenen Jahren Argumente in ausreichender Weise ausgetauscht wurden. Es ist letztlich eine Frage des Fleißes, für die beiden entgegengesetzten Positionen Begründungen zu finden. Die einen sagen, die gescheiterte Moderne darf den Schlossplatz nicht bebauen, und die anderen sind überzeugt, nur die Moderne darf bauen, alles andere wäre Lüge.

Um es klar zu sagen: Ich bin für den Wiederaufbau mit der Rekonstruktion der drei barocken Außenfassaden und des Schlüterhofes. Ich kann Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch eine ganz einfache und pragmatische Begründung sagen: Sie werden für keinen anderen Vorschlag und für keinen anderen Entwurf eine Mehrheit in der Bevölkerung finden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Richard Schröder hat einmal gesagt, die Straße „Unter den Linden“ sei ohne das rekonstruierte Schloss wie ein Witz ohne Pointe. Wenn man, vom Brandenburger Tor kommend, die Straße „Unter den Linden“ entlangginge, wüsste man nicht, wo diese endet: an einem Riesenrad, einem Parkplatz oder einem Rummel. Derjenige, der die letzten Jahre Revue passieren lässt, wird sich erinnern, dass es all diese Varianten schon einmal gegeben hat. Dieses Land und diese Stadt sollten sich etwas mehr wert sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Schloss mit der barocken Fassade ist der einzig logische Abschluss der historischen Straße „Unter den Linden“.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Günter Rexrodt [FDP])

Jungen Architekten und Stararchitekten bleibt in Berlin genügend Raum, um große **zeitgenössische Architektur** zu verwirklichen. Wer den Blick weiter östlich zum Alexanderplatz richtet, sieht, welches Potenzial gerade in dieser Stadt an prominenter Stelle noch für neue Ideen der besten Architekten der Welt zur Verfügung steht. (C)

(Axel E. Fischer [Karlsruhe-Land]
[CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Dies alles kann auch als wunderschöner Kontrast zum historischen Berlin verstanden werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zur **Frage der Nutzung** sind bereits viele Vorschläge gemacht worden; wir könnten die Liste der Vorschläge beliebig erweitern. So könnte ich mir beispielsweise vorstellen, dass der Bundespresseball in Zukunft etwas Besseres als das Berliner Interconti verdient hat und wir auch nicht immer die Staatsoper dafür umbauen sollten. Hier drängen sich Nutzungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten geradezu auf.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns heute mit einem Votum für die Alternative A die Entscheidungsfindung zum Abschluss bringen; dafür sprach sich eben auch Kollegen Thierse aus. Ich bin davon überzeugt, dass jede weitere neu eingerichtete Kommission keine neuen Qualitäten im Austausch der Argumente bringen, sondern alles nur weiter hinauszögern würde. Diese Zeit aber werden wir – leider, wie ich vermute – nutzen müssen, um uns mit dem jetzigen Berliner Senat über die Umsetzung des heutigen Beschlusses für den Wiederaufbau zu verständigen. (D)

Abschließend erinnere ich noch daran, mit welcher Kaltschnäuzigkeit die SED-Oberen nach dem Zweiten Weltkrieg die Sprengung des ja nicht wirklich zerstörten Schlosses betrieben. Seinerzeit wurde nicht das Ob diskutiert, sondern nur die Frage, ob das Stadtschloss oder der Berliner Dom für Partei- und Staatsführung unter Grotewohl und Ulbricht weichen sollte. Welch ein Frevel!

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Günter Nooke (CDU/CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir heute für den Wiederaufbau des Schlosses mit den barocken Fassaden stimmen, worum ich Sie auch als Berliner ganz herzlich bitte, dann heilen wir mehr als eine städtebauliche Wunde.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Das Wort hat nun die Kollegin Franziska Eichstädt-Bohlig für Bündnis 90/Die Grünen.

Franziska Eichstädt-Bohlig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Allen bisherigen Argumenten zum Trotz muss ich

Franziska Eichstädt-Bohlig

- (A) sagen, dass man über Architektur und bauliche Gestaltung erst dann abstimmen sollte, wenn die **Bilder und Planungsalternativen** erarbeitet worden sind und das Gebäude in Form und Nutzung anschaulich gemacht worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Keiner der bisherigen Entwürfe zum Schlossplatz weist ein tragfähiges Nutzungskonzept auf. Die große Leistung der Expertenkommission besteht darin, ein solches Konzept erarbeitet zu haben. Von daher diskutieren wir heute wirklich auf einer neuen Grundlage.

Eben ist von Günter Nooke die Reichstagskuppel angesprochen worden. Niemand von uns konnte sich den Charme und die Symbolwirkung dieser sehr modernen Reichstagskuppel vorstellen, bevor sie entworfen war. Daher sage ich erneut: Geben wir doch erst einmal den Architekten das Recht, ihre Bilder für das konkrete Nutzungskonzept, um das es hier geht, zu entwerfen, bevor wir ein Urteil fällen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Unruhe)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Frau Kollegin, entschuldigen Sie bitte einen Augenblick. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, ob jeder von Ihnen sich schon festgelegt hat. Aber auch in diesem Fall wäre es nur fair, den Rednerinnen und Rednern bis zum Schluss zuzuhören. Ich bitte Sie alle, Platz zu nehmen und die privaten Gespräche einzustellen.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Franziska Eichstädt-Bohlig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie Eckhardt Barthel vorhin schon sagte: Wir werben mit der Alternative B nicht für Konzepte pro oder contra die eine oder andere Gestalt und Form, sondern wir werben für ein anderes Vorgehen: dafür, dass erst einmal ernsthaft erarbeitet und geprüft wird, welche **alternativen Gestaltungsformen** es in einem Architektenwettbewerb überhaupt geben kann. Die Expertenkommission hat mit dem **Humboldt-Forum** ein inhaltlich sehr interessantes Konzept für ein **Zentrum für Wissenschaft und Kultur** als Idee in den Raum gestellt. Sie hat aber nicht das leisten können, was jetzt ansteht: einen stimmigen Dialog zwischen diesem Inhalt und der dafür notwendigen baulichen Form zu führen.

Gerade das Humboldt-Forum – ich bitte Sie, dieses Argument sehr ernst zu nehmen – braucht eine eigene und sehr differenzierte Raumlagerung sowie eine eigene Architektur und Raumsprache. Mit der Variante A besteht die große Gefahr, dass dieses notwendigerweise sehr moderne Raumkonzept praktisch ohne eine weitere Überprüfung von Alternativen in eine historisierende Fassade – in ein Korsett – gesteckt wird, die dazu mit großer Wahrscheinlichkeit nicht passt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Deswegen werbe ich dafür: Lassen Sie diesen Überprüfungsprozess endlich zu und lassen Sie uns nicht vorab darüber entscheiden, was hier nötig ist! (C)

Es ist der Expertenkommission eben nicht gelungen, die falsche Polarisierung zwischen Schlossfassadenbefürwortern und den Vertretern einer modernen Architektur in ein **kreatives Spannungsverhältnis** zwischen Neu und Alt zu verwandeln. Bei jedem Entwurf aber, der für diesen Ort gemacht wird, geht es zwangsläufig – weil niemand das Schloss als Ganzes wieder aufbauen und wieder beleben kann – um das Spannungsverhältnis zwischen Neu und Alt, zwischen geschichtlicher Erinnerung und moderner, zukunftsweisender Gestaltung und Architektur. Daher stimmt das Bild einfach nicht, dass es hier nur um die Wiederbelebung der historischen Erinnerung geht. Das ist das falsche Bild; das wird nicht die Realität sein.

Insofern möchte ich noch einmal ganz deutlich dafür werben: Sorgen Sie dafür, dass von Architekten, Künstlern und Baumeistern erst das Nutzungskonzept für dieses Humboldt-Forum erstellt wird – es ist wirklich wichtig, diesen bedeutsamen Ort demokratisch zu besetzen –, bevor die Politik definitiv darüber entscheidet. Halten Sie die richtige Reihenfolge ein, also zuerst das inhaltliche Konzept zu konkretisieren und Finanzierungsmöglichkeiten zu finden! Dies wird auf jeden Fall schwierig. Machen Sie sich darüber keine Illusionen und tun Sie nicht so, als wäre die Finanzierung dadurch gesichert, indem man die Fassade von vornherein als historisierend definiert! Diese Illusion sollten wir uns nicht machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Schaffen Sie die Möglichkeit, überhaupt erst einmal gestalterische Alternativen zu erarbeiten! Dann sollen diejenigen gewinnen, die wirklich das stimmigste und anschaulichste Konzept haben, das uns alle überzeugt. Wenn bei der politischen Entscheidung ein modernes Konzept mit Schlossfassade gewinnt, dann soll es so sein. Es soll aber nicht vorab ein Diktat von der einen oder anderen Seite geben. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Insofern werbe ich noch einmal für Variante B und die freie Öffnung für einen Architektenwettbewerb.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Als letztem Redner in dieser Debatte erteile ich dem Kollegen Dr. Norbert Lammert für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Niemand darf hoffen oder muss fürchten, dass die mehr als zehnjährige und teilweise leidenschaftliche Debatte über die Wiederherstellung der historischen Mitte Berlins heute ein für alle Mal zu Ende gehen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Norbert Lammert

- (A) Heute ist nicht mehr und nicht weniger zu entscheiden, ob sich die Debatte endlos im Kreise drehen oder auf ein erkennbares Ziel zugeführt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Mit anderen Worten: ob sie ein Ergebnis bekommt oder ob sie folgenlos bleibt.

Alle Voraussetzungen für eine **Grundsatzentscheidung** des Deutschen Bundestages liegen vor: zahllose Gutachten, ergebnislose Wettbewerbe, unzählige Bücher und Aufsätze zum Thema, ungezählte Anträge, Anhörungen und Resolutionen. „Ideenfreiheit“, lieber Peter Conradi, hat es weiß Gott gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nun liegen auch die Empfehlungen einer international zusammengesetzten Expertenkommission vor, bei deren Diskussion sich die Politik keineswegs die übrigen Scharmützel untereinander geliefert hat. Diese Expertenkommission war neben den Vertretern der Bundesregierung, des Bundestages und des Berliner Senats mit renommierten Architekten, Stadtplanern, Historikern, Publizisten und Unternehmern besetzt. Diese Kommission hatte von der Bundesregierung und dem Berliner Senat die Aufgabe gestellt bekommen, die mehr als zehnjährige Debatte mit ihren unzähligen Vorschlägen, Überlegungen und Konzepten auszuwerten, zu bündeln und beschlussreife Empfehlungen vorzulegen. Genau diese Aufgabe hat die Kommission erfüllt.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Für die CDU/CSU-Fraktion, die im Unterschied zu anderen Fraktionen an dieser Expertenkommission gar nicht beteiligt war, will ich mich heute stellvertretend beim Vorsitzenden, Herrn Swoboda, für die Arbeit dieser Kommission ausdrücklich bedanken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es sage niemand, die Debatte und die Arbeit der Kommission hätten keinen Fortschritt gebracht. Das Gegenteil ist richtig. Aus der Fülle denkbarer Optionen sind ganze zwei wichtige Alternativen übrig geblieben. Alles andere ist inzwischen unstrittig und wird in der Empfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien heute auch zur Beschlussfassung empfohlen. Streitig geblieben ist allerdings die nicht unwichtige Frage nach dem Erscheinungsbild eines Gebäudes, von dem sich alle darüber im Klaren sind, dass es ohnehin die Kubatur des Schlosses haben muss.

Ich will noch einmal unterstreichen, was manche in der Debatte zu Recht hervorgehoben haben. Wir empfehlen heute, auch an dieser Stelle dem Vorschlag der Kommission zu folgen, die sich monatelang mit diesem Thema befasst hat. Dies ist keine Empfehlung gegen **zeitgenössische Architektur**, die es in Berlin reichlich gibt: zum Teil erstklassig, zum Teil belanglos. Das versteht sich fast von selbst.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich teile aber ausdrücklich die Auffassung des Staatsministers Nida-Rümelin, der – wie auch ich – in diese Debatte nicht als ein leidenschaftlicher Verfechter historischer Rekonstruktionen eingetreten ist, dass auch ausgewiesene Förderer zeitgenössischer Architektur an manchen Plätzen nachdenklich werden. Die **historische Mitte Berlins** ist genau ein solcher Platz. (C)

(Beifall der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Fast alle Berliner Gebäude sind erst nach dem Bezug des Schlosses errichtet worden. Es war das Gravitationszentrum der städtebaulichen Entwicklung Berlins. Schinkels grandioses Konzept der Mitte Berlins und sein Entwurf für das Alte Museum sind ohne das Gegenüber dieses Schlosses gar nicht verständlich. Ich will im Übrigen nur einmal in Erinnerung rufen, dass das schinkelsche Konzept für diesen ersten Bau auf der Museumsinsel erst nach 27 nicht befriedigenden Entwürfen beschlossen worden ist.

In keiner anderen Residenzstadt hat sich das Herrscherhaus statt mit anderen Adelspalästen rund um das Schloss vornehmlich mit Kultur und Wissenschaft umgeben. Im Schloss selbst gab es die erste öffentliche Bibliothek und die Vorläufer der heutigen Sammlungen der staatlichen Museen und der Humboldt-Universität.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, keinen Streit kann es darüber geben, dass dieser Platz und dieser Bau eine herausragende geschichtliche Bedeutung haben. Vom **Berliner Schloss** aus wurde seit Mitte des 15. Jahrhunderts Brandenburg, seit Beginn des 18. Jahrhunderts Preußen und seit Ende des 19. Jahrhunderts Deutschland regiert. Die Geschichte Berlins, Brandenburgs, Preußens und Deutschlands hatte hier über Jahrhunderte ihren Kristallisationspunkt. Gerade deshalb wurde es 1950 von einem vermeintlich neuen Deutschland in einem beispiellosen Akt der Hybris und der kulturellen Barbarei in die Luft gesprengt, als ließe sich auf einer mutwillig getilgten gemeinsamen Vergangenheit eine bessere Zukunft bauen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Werner Schulz [Leipzig] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dadurch hat dieses Schloss eine politische Symbolbedeutung und den Rang eines nationalen Denkmals erhalten.

Eines will ich allerdings gleich hinzufügen: Das demokratische wiedervereinigte Deutschland – föderalistisch verfasst – hat einen anderen Kristallisationspunkt. Es ist der Platz der Republik mit dem Reichstag als Sitz eines frei gewählten Parlaments und dem Kanzleramt als Spitze der Exekutive.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gerade weil das so ist, sollten wir die Souveränität haben, die Geschichte dieser Stadt und dieses Landes, die dieser Entwicklung vorangegangen sind, nicht in die Luft jagen zu wollen bzw. zu lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dr. Norbert Lammert

- (A) Wir wollen unsere Geschichte nicht glorifizieren und nicht verdrängen. Wir wollen sie vergegenwärtigen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass nicht nur für Günter de Bruyn, einen ausgewiesenen und unbestechlichen Beobachter der deutschen Geschichte des vergangenen Jahrhunderts, ein Beschluss über die Wiedererrichtung des Stadtschlusses zeigen würde – ich zitiere –, „dass wir uns nicht in eine bequeme, aber gefährliche Geschichtslosigkeit flüchten, sondern unsere Geschichte, wie auch immer wir sie beurteilen mögen, anzunehmen bereit sind“.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dieses Gebäude wird eine andere Nutzung erhalten. Die Architektur muss der vorgesehenen Nutzung dieses neuen Gebäudes Rechnung tragen, was für viele renommierte Architekten in Deutschland und der Welt famose Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet. Aber gerade in der Verbindung des historischen Erscheinungsbildes mit dem neuen Inhalt gibt es eine besonders reizvolle Aufgabe, die der Geschichte des Baus und dieses Platzes in besonderer Weise angemessen ist.

Worum es jetzt, nach allem, was über viele Jahre hinweg diskutiert worden ist, noch geht, ist die Umsetzung der Empfehlungen, über die wir verfügen. Wir brauchen einen **Realisierungswettbewerb**, nicht mehr und nicht weniger. Um das noch einmal klarzustellen: Hier geht es eben nicht darum, dass sich die Politik anstelle des tatsächlichen oder vermeintlichen Sachverständes ein souveränes Urteil anmaßt. Was wir dem Deutschen Bundestag heute empfehlen – dafür werbe ich leidenschaftlich –, ist, uns die Empfehlung des Sachverständes zu Eigen zu machen,

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

nämlich die Empfehlungen einer Kommission, in der vom Präsidenten der Bundesarchitektenkammer bis zum Berliner Bausenator alles versammelt war, was jedenfalls nach eigenem Selbstverständnis dazu sachkundige Beiträge hatte liefern können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu Beginn dieser Legislaturperiode hat Bundeskanzler Gerhard Schröder in einem Interview zu diesem Thema gesagt:

Ich habe nicht vor, das zur Chefsache zu machen.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Das ist der Sache gut bekommen!)

Endgültiges Ergebnis
Abgegebene Stimmen: 586;
davon
ja: 33
nein: 550
enthalten: 3

Ja

SPD

Iris Follak

Heinz Schmitt (Berg)
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Volker Beck (Köln)
Hans-Christian Ströbele
PDS
Monika Balt
Dr. Dietmar Bartsch
Wolfgang Bierstedt
Petra Bläss

Wenn ich einen Wunsch zu äußern hätte, dann wäre ich für das Schloss. (C)

Am Ende dieser Legislaturperiode gibt es nicht mehr viel, womit wir ihm helfen könnten, aber diesen Wunsch sollten wir ihm erfüllen,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

und zwar alle zusammen, quer durch die Fraktionen unseres Hauses, als Reverenz gegenüber den bedeutendsten Berliner Baumeistern Andreas Schlüter und Karl Friedrich Schinkel, in Respekt vor dem erkennbaren Willen nicht nur der Berliner Bürgerinnen und Bürger und als unseren Beitrag zur Wiederherstellung des Gesichts und des Selbstbewusstseins unserer gemeinsamen Hauptstadt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien auf Drucksache 14/9660. Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/9687 vor, über den wir zuerst abstimmen.

Die Fraktion der PDS hat namentliche Abstimmung verlangt. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Das ist der Fall. Dann eröffne ich die Abstimmung. (D)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Bis zum Vorliegen des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung von 19.42 bis 19.47 Uhr)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Abgegebene Stimmen 585. Mit Ja haben gestimmt 33, mit Nein haben gestimmt 549, Enthaltungen 3. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Maritta Böttcher
Eva Bulling-Schröter
Heidmarie Ehlert
Dr. Heinrich Fink
Dr. Ruth Fuchs
Wolfgang Gehrcke
Dr. Klaus Grehn
Uwe Hixsch
Dr. Barbara Höll
Gerhard Jüttemann
Dr. Evelyn Kenzler
Heidi Lippmann
Ursula Lötzer

Dr. Christa Luft
Heidmarie Lüth
Pia Maier
Angela Marquardt
Manfred Müller (Berlin)
Rosel Neuhäuser
Christine Ostrowski
Petra Pau
Dr. Uwe-Jens Rössel
Christina Schenk
Gustav-Adolf Schur
Dr. Ilja Seifert

Vizepräsidentin Anke Fuchs

- | | | | | | |
|-----|--|---|--|---|-----|
| (A) | Nein | Karl-Hermann Haack
(Extertal) | Tobias Marhold
Lothar Mark | Gisela Schröter
Dr. Mathias Schubert | (C) |
| | SPD | Hans-Joachim Hacker
Klaus Hagemann
Manfred Hampel
Alfred Hartenbach
Anke Hartnagel
Klaus Hasenfratz
Nina Hauer
Hubertus Heil
Reinhold Hemker
Frank Hempel
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Monika Heubaum
Gerd Höfer
Walter Hoffmann
(Darmstadt)
Iris Hoffmann (Wismar)
Frank Hofmann (Völkach)
Ingrid Holzhüter
Eike Hovermann
Christel Humme
Lothar Ibrügger
Brunhilde Irber
Gabriele Iwersen
Renate Jäger
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)
Johannes Kahrs
Ulrich Kasparick
Sabine Kaspereit
Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Hans-Peter Kemper
Klaus Kirschner
Marianne Klappert
Siegrun Klemmer
Hans-Ulrich Klose
Walter Kolbow
Fritz Rudolf Körper
Karin Kortmann
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Volker Kröning
Angelika Krüger-Leißner
Horst Kubatschka
Ernst Küchler
Helga Kühn-Mengel
Ute Kumpf
Werner Labsch
Christine Lambrecht
Brigitte Lange
Christian Lange (Backnang)
Detlev von Larcher
Christine Lehder
Waltraud Lehn
Robert Leidinger
Klaus Lennartz
Dr. Elke Leonhard
Eckhart Lewering
Götz-Peter Lohmann
(Neubrandenburg)
Gabriele Lösekrug-Möller
Erika Lotz
Dr. Christine Lucyga
Dieter Maaß (Herne)
Dirk Manzewski | Ulrike Mascher
Heide Mattischeck
Markus Meckel
Ulrike Mehl
Ulrike Merten
Angelika Mertens
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Ursula Mogg
Christoph Moosbauer
Siegmar Mosdorf
Michael Müller (Düsseldorf)
Jutta Müller (Völklingen)
Christian Müller (Zittau)
Andrea Nahles
Volker Neumann (Bramsche)
Gerhard Neumann (Gotha)
Dr. Edith Niehuis
Dr. Rolf Niese
Dietmar Nietan
Günter Oesinghaus
Leyla Onur
Manfred Opel
Holger Ortel
Adolf Ostertag
Kurt Palis
Albrecht Papenroth
Dr. Martin Pfaff
Georg Pfannenstein
Johannes Pflug
Dr. Eckhart Pick
Joachim Poß
Karin Rehbock-Zureich
Dr. Carola Reimann
Margot von Renesse
Renate Rennebach
Bernd Reuter
Christel Riemann-
Hanewinkel
Reinhold Robbe
René Röspele
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Michael Roth (Heringen)
Birgit Roth (Speyer)
Gerhard Rübenkönig
Marlene Rupprecht
Thomas Sauer
Dr. Hansjörg Schäfer
Gudrun Schaich-Walch
Bernd Scheelen
Siegfried Scheffler
Horst Schild
Dieter Schloten
Horst Schmidbauer
(Nürnberg)
Ulla Schmidt (Aachen)
Silvia Schmidt (Eisleben)
Dagmar Schmidt (Meschede)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Dr. Frank Schmidt
(Weilburg)
Regina Schmidt-Zadel
Carsten Schneider
Dr. Emil Schnell
Walter Schöler
Karsten Schönfeld
Fritz Schösser
Ottmar Schreiner | Richard Schuhmann
(Delitzsch)
Brigitte Schulte (Hameln)
Volkmar Schultz (Köln)
Ewald Schurer
Dr. Angelica Schwall-Düren
Rolf Schwanitz
Bodo Seidenthal
Erika Simm
Dr. Sigrud Skarpelis-Sperk
Dr. Cornelia Sonntag-
Wolgast
Wieland Sorge
Wolfgang Spanier
Dr. Margrit Spielmann
Jörg-Otto Spiller
Dr. Ditmar Staffelt
Antje-Marie Steen
Ludwig Stiegler
Rolf Stöckel
Reinhold Strobl (Amberg)
Dr. Peter Struck
Joachim Stünker
Joachim Tappe
Jörg Tauss
Jella Teuchner
Dr. Gerald Thalheim
Wolfgang Thierse
Franz Thönnies
Uta Titze-Stecher
Adelheid Tröschner
Hans-Eberhard Urbaniak
Rüdiger Veit
Simone Viola
Ute Vogt (Pforzheim)
Hans Georg Wagner
Hedi Wegener
Dr. Konstanze Wegner
Wolfgang Weiermann
Reinhard Weis (Stendal)
Matthias Weisheit
Gunter Weißgerber
Gert Weisskirchen
(Wiesloch)
Dr. Ernst Ulrich von
Weizsäcker
Jochen Welt
Dr. Rainer Wend
Hildegard Wester
Lydia Westrich
Dr. Margrit Wetzell
Dr. Norbert Wiczorek
Jürgen Wiczorek (Böhlen)
Dieter Wiefelspütz
Heino Wiese (Hannover)
Klaus Wiesehügel
Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
Engelbert Wistuba
Barbara Wittig
Dr. Wolfgang Wodarg
Verena Wohlleben
Hanna Wolf (München)
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)
Heidmarie Wright
Uta Zapf | (C) |
| (B) | Christel Deichmann
Karl Diller
Peter Dreßen
Detlef Dzembitzki
Dieter Dzewas
Dr. Peter Eckardt
Sebastian Edathy
Ludwig Eich
Marga Elser
Peter Enders
Petra Ernstberger
Annette Faße
Lothar Fischer (Homburg)
Gabriele Fograscher
Norbert Formanski
Rainer Fornahl
Hans Forster
Dagmar Freitag
Lilo Friedrich (Mettmann)
Harald Friese
Anke Fuchs (Köln)
Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth
Konrad Gilges
Iris Gleicke
Günter Gloser
Uwe Göllner
Renate Gradistanac
Günter Graf (Friesoythe)
Angelika Graf (Rosenheim)
Dieter Grasedieck
Monika Griefahn
Kerstin Griese
Achim Großmann | (D) | | | |

Vizepräsidentin Anke Fuchs

- | | | | | | |
|-----|--|---|---|--|-----|
| (A) | Dr. Christoph Zöpel
Peter Zumkley | Dr. Heiner Geißler
Michael Glos
Dr. Reinhard Göhner
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Kurt-Dieter Grill
Hermann Gröhe
Manfred Grund
Horst Günther (Duisburg)
Carl-Detlev Freiherr
von Hammerstein
Gottfried Haschke
(Großhennersdorf)
Gerda Hasselfeldt
Klaus-Jürgen Hedrich
Helmut Heiderich
Ursula Heinen
Manfred Heise
Siegfried Helias
Detlef Helling
Hans Jochen Henke
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Klaus Hofbauer
Martin Hohmann
Josef Hollerith
Dr. Karl-Heinz Hornhues
Siegfried Hornung
Joachim Hörster
Hubert Hüppe
Susanne Jaffke
Georg Janovsky
Dr.-Ing. Rainer Jork
Bartholomäus Kalb
Steffen Kampeter
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Irmgard Karwatzki
Volker Kauder
Eckart von Klaeden
Ulrich Klinkert
Norbert Königshofen
Eva-Maria Kors
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Rudolf Kraus
Dr. Martina Krogmann
Dr. Hermann Kues
Werner Kuhn
Karl Lamers
Dr. Karl A. Lamers
(Heidelberg)
Dr. Norbert Lammert
Helmut Lamp
Dr. Paul Laufs
Karl-Josef Laumann
Vera Lengsfeld
Werner Lensing
Peter Letzgas
Ursula Lietz
Walter Link (Diepholz)
Eduard Lintner
Dr. Klaus W. Lippold
(Offenbach)
Dr. Manfred Lischewski
Wolfgang Lohmann
(Lüdenscheid)
Julius Louven
Dr. Michael Luther | Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Erwin Marschewski
(Recklinghausen)
Dr. Martin Mayer
(Siegertsbrunn)
Wolfgang Meckelburg
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Friedrich Merz
Hans Michelbach
Meinolf Michels
Dr. Gerd Müller
Bernward Müller (Jena)
Elmar Müller (Kirchheim)
Claudia Nolte
Günter Nooke
Franz Obermeier
Friedhelm Ost
Eduard Oswald
Norbert Otto (Erfurt)
Dr. Peter Paziorek
Anton Pfeifer
Dr. Friedbert Pflüger
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Ruprecht Polenz
Marlies Pretzlaff
Thomas Rachel
Hans Raidel
Dr. Peter Ramsauer
Helmut Rauber
Christa Reichard (Dresden)
Erika Reinhardt
Hans-Peter Repnik
Klaus Riegert
Franz Romer
Hannelore Rönsch
(Wiesbaden)
Kurt J. Rossmann
Adolf Roth (Gießen)
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Volker Rühle
Anita Schäfer
Hartmut Schauerte
Heinz Schemken
Karl-Heinz Scherhag
Dr. Gerhard Scheu
Norbert Schindler
Bernd Schmidbauer
Christian Schmidt (Fürth)
Dr.-Ing. Joachim Schmidt
(Halsbrücke)
Andreas Schmidt (Mülheim)
Dr. Rupert Scholz
Reinhard Freiherr
von Schorlemer
Dr. Erika Schuchardt
Wolfgang Schulhoff
Dr. Christian Schwarz-
Schilling
Wilhelm Josef Sebastian
Marion Seib
Heinz Seiffert
Dr. h. c. Rudolf Seiters
Bernd Siebert
Werner Siemann
Johannes Singhammer | Bärbel Sothmann
Margarete Späte
Dr. Wolfgang Freiherr
von Stetten
Dorothea Störr-Ritter
Max Straubinger
Mathäus Strebl
Thomas Strobl (Heilbronn)
Michael Stübgen
Dr. Rita Süßmuth
Edeltraut Töpfer
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Angelika Volquartz
Andrea Voßhoff
Peter Weiß (Emmendingen)
Annette Widmann-Mauz
Heinz Wiese (Ehingen)
Hans-Otto Wilhelm (Mainz)
Klaus-Peter Willsch
Bernd Wilz
Willy Wimmer (Neuss)
Matthias Wissmann
Werner Wittlich
Aribert Wolf
Elke Wülfing
Peter Kurt Würzbach
Benno Zierer
Wolfgang Zöllner | (C) |
| | CDU/CSU | | | | |
| | Ulrich Adam
Ilse Aigner
Peter Altmaier
Dietrich Austermann
Norbert Barthle
Dr. Wolf Bauer
Günter Baumann
Brigitte Baumeister
Meinrad Belle
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
Otto Bernhardt
Hans-Dirk Bierling
Renate Blank
Dr. Heribert Blens
Peter Bleser
Dr. Norbert Blüm
Antje Blumenthal
Dr. Maria Böhmer
Sylvia Bonitz
Jochen Borchert
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Dr. Wolfgang Bötsch
Klaus Brähmig
Dr. Ralf Brauksiepe
Paul Breuer
Monika Brudlewsky
Georg Brunnhuber
Klaus Bühler (Bruchsal) | | | | |
| (B) | Hartmut Büttner
(Schönebeck)
Dankward Buwitt
Cajus Caesar
Peter H. Carstensen
(Nordstrand)
Wolfgang Dehnle
Hubert Deitert
Albert Deß
Renate Diemers
Dr. Hansjürgen Doss
Marie-Luise Dött
Maria Eichhorn
Rainer Eppelmann
Anke Eymer (Lübeck)
Ilse Falk
Dr. Hans Georg Faust
Albrecht Feibel
Ulf Fink
Ingrid Fischbach
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer
(Karlsruhe-Land)
Klaus Francke
Herbert Frankenhauser
Dr. Gerhard Friedrich
(Erlangen)
Dr. Hans-Peter Friedrich
(Hof)
Erich G. Fritz
Jochen-Konrad Fromme
Hans-Joachim Fuchtel
Dr. Jürgen Gehb
Norbert Geis | | | | |
| | BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN | | | | |
| | Gila Altmann (Aurich)
Marieluise Beck (Bremen)
Angelika Beer
Matthias Berninger
Grietje Bettin
Annelie Buntenbach
Amke Dietert-Scheuer
Dr. Thea Dückert
Franziska Eichstädt-Bohlig
Dr. Uschi Eid
Hans-Josef Fell
Andrea Fischer (Berlin)
Rita Griebhaber
Gerald Häfner
Winfried Hermann
Antje Hermenau
Ulrike Höfken
Michael Hustedt
Monika Knoche
Dr. Angelika Köster-Loßack
Steffi Lemke
Dr. Helmut Lippelt
Dr. Reinhard Loske
Kerstin Müller (Köln)
Winfried Nachtwei
Christa Nickels
Cem Özdemir
Simone Probst
Christine Scheel
Irmgard Schewe-Gerigk
Rezzo Schlauch
Albert Schmidt (Hitzhofen)
Werner Schulz (Leipzig)
Christian Simmert
Christian Sterzing
Jürgen Trittin | (D) | | | |

Vizepräsidentin Anke Fuchs

(A) Dr. Antje Vollmer
 Sylvia Voß
 Helmut Wilhelm (Amberg)
 Margareta Wolf (Frankfurt)

FDP

Ina Albowitz
 Hildebrecht Braun
 (Augsburg)
 Rainer Brüderle
 Ernst Burgbacher
 Jörg van Essen
 Ulrike Flach
 Gisela Frick

Paul K. Friedhoff
 Horst Friedrich (Bayreuth)
 Rainer Funke
 Dr. Wolfgang Gerhardt
 Hans-Michael Goldmann
 Joachim Günther (Plauen)
 Dr. Karlheinz Gutmacher
 Klaus Haupt
 Ulrich Heinrich
 Walter Hirche
 Birgit Homburger
 Dr. Werner Hoyer
 Ulrich Irmer
 Dr. Klaus Kinkel
 Dr. Heinrich L. Kolb

Gudrun Kopp
 Jürgen Koppelin
 Ina Lenke
 Sabine Leutheusser-
 Schnarrenberger
 Dirk Niebel
 Hans-Joachim Otto
 (Frankfurt)
 Detlef Parr
 Dr. Günter Rexrodt
 Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
 Gerhard Schüßler
 Dr. Irmgard Schwaetzer
 Marita Sehn
 Gudrun Serowiecki

Dr. Hermann Otto Solms
 Dr. Max Stadler
 Dr. Guido Westerwelle

(C)

Fraktionslos

Christa Lörcher

Enthalten**SPD**

Reinhold Hiller (Lübeck)
 Jelena Hoffmann
 (Chemnitz)
 Konrad Kunick

Wir stimmen nun über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien ab. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung, die unter I aufgeführte Entschließung anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Gegen die Stimmen der PDS und einige Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist diese Entschließung angenommen.

Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt unter Buchstabe a weiterhin, eine Entscheidung über die unter Ziffer II aufgeführten Alternativen zur architektonischen Gestaltung der historischen Mitte Berlins herbeizuführen.

Bevor wir zur Abstimmung über die alternativen Vorschläge kommen, bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit. Sie haben einen blauen Stimmzettel. Wenn Sie noch keinen haben, können Sie ihn jetzt von den Plenarassistenten bekommen. Bitte tragen Sie Ihren Namen einschließlich eines eventuellen Ortszusatzes und die Fraktion deutlich lesbar in Druckbuchstaben ein.

(B)

Auf dem Stimmzettel dürfen Sie nur in einem Kreis ein Kreuz machen. Wenn Sie einer der beiden Alternativen zustimmen wollen, setzen Sie in den betreffenden Kreis ein Kreuz. Wenn Sie keiner der Alternativen zustimmen wollen, machen Sie ein Kreuz im unteren Teil. Stimmzettel, die mehr als ein Kreuz enthalten, sind ungültig. Ferner brauchen Sie Ihren weißen Stimmausweis aus Ihrem Stimmfach in der Lobby. Bevor Sie die Stimmzettel in die Wahlurnen werfen, übergeben Sie bitte ihren Stimmausweis einem der Schriftführer.

In der zweiten namentlichen Abstimmung ist die Alternative angenommen, die die erforderliche einfache Mehrheit erhält, das heißt mehr Ja-Stimmen als die andere Alternative zuzüglich der Neinstimmen. Die Abstimmung ist eröffnet.

Ich habe darauf hingewiesen, dass wir in der zweiten namentlichen Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt sind. Bitte verlassen Sie den Saal nach dieser Abstimmung nicht. Es gibt vielleicht eine weitere namentliche Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Abstimmung geschlossen.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Ich unterbreche die Sitzung bis zum Vorliegen des Ergebnisses.

(Unterbrechung von 19.54 bis 20.09 Uhr)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das von den Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Abgegebene Stimmen 589, ungültige Stimmen 3, gültige Stimmen 586. Mit Nein haben gestimmt 63, Enthaltungen 6, auf die Alternative A entfielen 384 Stimmen

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

(D)

und auf die Alternative B 133 Stimmen. Jetzt dürfen Sie eigentlich erst klatschen, denn wir haben schon im ersten Wahlgang ein Ergebnis erzielt: Wir haben uns für Variante A entschieden.¹⁾

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Durch die erforderliche Mehrheit für die Variante A im ersten Wahlgang ist dieser Vorschlag angenommen.

Wir kommen zu weiteren Teilen der Beschlussempfehlung, und zwar zunächst zu Buchstabe b der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien auf Drucksache 14/9660. Der Ausschuss empfiehlt, die Anträge für erledigt zu erklären. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind die Anträge für erledigt erklärt.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass zur Abstimmung mehrere schriftliche Erklärungen vorliegen.²⁾ Außerdem liegt mir der Wunsch nach einer persönlichen Erklärung der Kollegin Petra Pau vor. Die Kollegin Petra Pau hat das Wort zur einer Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung. Bitte sehr.

¹⁾ Endgültiges Ergebnis und Namensliste siehe Seite 25198

²⁾ Anlagen 4 bis 7

- (A) **Petra Pau** (PDS): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe dem ersten Teil der Beschlussempfehlung nicht zugestimmt. Dafür hatte ich und hatte meine Fraktion gute Gründe.

Erstens. Die Beschlussempfehlung folgt zwar der Vorgabe der Internationalen Expertenkommission zur historischen Mitte der Hauptstadt, aber nur insofern, als es den Schlossbefürwortern ins Kalkül passt. De facto wurde schon mit diesem ersten Teil ein offener und empfohlener Wettbewerb über die künftige Architektur des Schlossplatzes geschlossen, ehe er überhaupt ausgeschrieben wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Ich finde das anmaßend und ich denke, das ist heute Abend ohne Not hier geschehen.

Ein zweiter Grund, gegen diese Beschlussempfehlung zu stimmen: Der künftige Schlossplatz soll ein Platz von bundesweiter, ja, internationaler Bedeutung sein. Dafür tragen Bund und Berlin eine gemeinsame und hohe Verantwortung. Die Bundesregierung und der Berliner Senat haben sich erst im Mai dieses Jahres auf ein Verfahren geeinigt. Das Berliner Verfahren entspricht auch den Vorgaben des Berliner Abgeordnetenhauses. Das abgestimmte Verfahren entspricht dieser Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Senat nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Dadurch wird die mögliche und gute Zusammenarbeit zwischen Bund und Berlin schwer belastet. Ich füge hinzu: wiederum ohne Not und anmaßend.

- (B) Drittens. Der nun vorliegende Beschluss atmet ein tiefes Misstrauen gegenüber den Fähigkeiten nationaler und internationaler Architekten. Ich maße mir als Politikerin nicht an, klüger sein zu wollen als ausgewiesene Experten. Auch deshalb habe ich dagegen gestimmt.

(Beifall bei der PDS)

Über die Bedeutung des Platzes ist sehr viel diskutiert worden. Er wird zu Recht als das wichtigste Areal der Hauptstadt bezeichnet, das noch zu gestalten ist. Der vorliegende Beschluss aber bezieht die Bürgerinnen und Bürger, mit denen man das gemeinsam tun müsste, nicht mit ein; er geht über sie hinweg – wiederum ohne Not.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fink [PDS])

Der letzte Punkt, warum ich gegen diesen Teil der Beschlussempfehlung gestimmt habe.

(Unruhe)

– Ja, das müssen Sie sich anhören, das gehört zur Demokratie; schließlich habe auch ich Sie vorhin alle angehört.

(Beifall des Abg. Wolfgang Gehrcke [PDS])

Dieser Beschluss blendet Fragen der Finanzierung und der Bauträgerschaft vollständig aus, ebenso den Anspruch, Ost und West, Geschichte und Zukunft hier auf diesem Platz in aller Widersprüchlichkeit zusammenzubringen.

Nun haben wir zu Beginn über einen Antrag der PDS-Fraktion abgestimmt. Dieser Antrag hat die Intention der

Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Senat aufgenommen; deshalb habe ich für diesen Antrag gestimmt. Da Sie diesen Antrag abgelehnt haben, habe ich dann der Variante B in der Beschlussempfehlung des Kulturausschusses zugestimmt. (C)

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Das interessiert uns, ehrlich gesagt, gar nicht!)

– Wenn es Sie nicht interessiert, können Sie ja gern rausgehen. Ich möchte Ihnen das hier zur Kenntnis geben. –

(Zuruf von der CDU/CSU: Geben Sie das doch schriftlich ab! – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Das hätten Sie doch in der Debatte sagen können! Das ist doch eine Schinderei!)

Ich habe der Variante B zugestimmt. Dieser Vorschlag hätte den Beschluss zwar nicht besser gemacht, aber es wären nicht alle Türen zugeschlagen worden. Wir hätten eine offene Debatte führen und eine Lösung finden können, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen und akzeptiert worden wäre. Genau das ist aber mit dem eben gefassten Beschluss geschehen. Die Türen sind zu!

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Das war eine persönliche Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung. Das war schon in Ordnung so. Ich hätte sie auch vor der Abstimmung zulassen können; dann aber wären Sie erst recht ungehalten gewesen. Deswegen wollen wir so verfahren, wie wir alle das miteinander vereinbart haben.

Weiter empfiehlt der Ausschuss für Kultur und Medien unter Buchstabe c seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrages der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/4402 mit dem Titel „Arbeitsweise der Expertenkommission Historische Mitte“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Gegen die Stimmen der PDS-Fraktion ist die Beschlussempfehlung angenommen. (D)

Schließlich empfiehlt der Ausschuss für Kultur und Medien unter Buchstabe d seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/9244 mit dem Titel „Die Mitte der Spreeinsel als offenes Bürgerforum gestalten – Empfehlungen der Expertenkommission öffentlich diskutieren“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Gegen die Stimmen der PDS-Fraktion ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Ich rufe nun die Zusatzpunkte 2 a bis 2 d auf:

Überweisungen im vereinfachten Verfahren

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Ulrich Irmer, Dr. Helmut Haussmann, Ina Albowitz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Für eine Deutsch-Russische Kulturstiftung für kriegsbedingt verbrachte Kulturgüter

– Drucksache 14/7611 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Kultur und Medien (f)
Auswärtiger Ausschuss